Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postscheck-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentumer Zeitung

General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preiserhöhung

Nr. 132. Sonntag, den 8. Juni 1919. 17. Jahrgang.

Streiks und Meutereien in Frankreich.

Des Pfingstfestes wegen erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung am Dienstag, dem 10. Juni, nachmittags.

Tagesschau.

In Frankreich und unter den britischen Truppen in Aegypten machen sich Anzeichen von Meuterei bemerkbar.

*

Die Antwort der Entente sollte am Freitag fertiggestellt sein; sie soll „nicht ganz ablehnend" lauten.

*

Ein neuer Putschversuch ist für Pfingsten in Speyer geplant.

*

Die Nationalversammlung ist auf Donnerstag nach Weimar einberufen.

*

In Berlin ist ein „Proteststreik" gegen die Vollstreckung des Todesurteils an dem Münchener Kommunistenführer Levine-Nissen ausgebrochen.

Pfingstgeist.

Dem deutschen Volke war nächst Weihnachten von alters her Pfingsten besonders ans Herz gewachsen. Seiner Liebe zu Lenz und Heimat konnte es gerade an diesem Fest, umspielt von Sonnenschein, Duft und Blüten, in trautester Weise Ausdruck geben; aber es bedeutet ihm bei seinem tiefen Gemütsleben noch mehr. Die reichen Schätze der Natur, für die der Deutsche hervorragend empfänglich ist, wurden ihm zum Symbol der reicheren Innenwelt, in der er lebt und webt; der Zauber des Mystischen, das in seiner Seele tief verankert liegt, umfing ihn an Pfingsten mit bezwingender Kraft. Pfingsten war [illegible] denfest der Natur, es war ihm ein Weiherest der [illegible] alle Höhen und Tiefen gern durchmessenden Geistes. Pfingsten — so recht ein Fest des „Volkes der Denker und Dichter".

Aus diesem Glückstraum ist Deutschland grausam erwacht. Von Furien des Hasses und Vernichtungswillens sieht es sich umstellt; erschütternd ist das Bangen, wie sein Geschick in Zukunft sich gestalten soll. Aber das eine ist gewiß: nie kann ein Volk, dessen eigentliches Lebenselement — trotz mancher zeitweiser Abirrungen ins rein Materielle — doch das Geistige ist, von dieser höchsten Lebensnorm sich lösen. Und den Geist kann man nicht totschlagen. Dagegen bleibt zu wünschen, daß gerade die jetzige Unglückszeit dem deutschen Volke entscheidenden Anlaß gibt, endlich das Grundgesetz schöpferischen Geistes zu erfassen. Das aber hat die Pfingstgeschichte wie keine andere enthüllt. Mancher haftet bei ihr so leicht an ihren äußeren Begleiterscheinungen, der Verteilung feuriger Zungen, dem Sprachengeheimnis. Aber ihr innerer Wesenskern ist weit bedeutsamer, und er stellt sich in dem Worte dar: Einmütigkeit! Sie ist die Voraussetzung und Bedingung schöpferischen Geistes. Von der kleinen Urgemeinde in Jerusalem erzählt der Verfasser der Apostelgeschichte aus den Tagen vor Pfingsten: „Diese alle waren stets bei einander einmütig". Als dann der Tag der Pfingsten erfüllt war, „waren sie alle einmütig bei einander". Und die Schilderung der gewaltigen Wirkung der Pfingstrede des Petrus schließt er ab mit den Worten: „Und sie waren täglich und stets bei einander einmütig". Das war die Urzelle, aus der der bald so machtvoll sich verästelnde Baum des Christentums seine lebenweckendsten Kräfte bezog.

Die größte Tragik des deutschen Volkes beruht darin, daß es bis zur Stunde nicht dauernd verstanden hat, auf dieses Grundgesetz schöpferischen Geistes sich einzustellen. Und es wird und muß zu Grunde gehen, wenn es sich nicht endlich zu ihm durch Gesinnung und Tat bekennt. Wir müssen lernen zu unterscheiden zwischen Geistern und Geist. An Geistern, großen und größten hat es uns selten gefehlt, an der Einmütigkeit im Geist umsomehr. Die Geschichte unseres jüngsten und furchtbarsten Zusammenbruchs ist dessen ein niederschmeterndes Zeugnis. Aber freilich: wahre Einmütigkeit im Geist kann nur da geboren und erhalten werden, wo man den Geist selbst als etwas Heiliges erkennt. Dazu gehört das Hineinrücken unserer irdischen Gedankenwelt in eine obere, ewige Geisteswelt; dazu gehört die Sehnsucht nach feurigen Zungen aus ihren geweihten Regionen. Wenn Geist und Wille eines Volkes ein heiliger wird, dann ist es unüberwindlich. Dann wird auch im 20. Jahrhundert noch das Wunder zur Wirklichkeit, daß ein jeder des anderen Sprache versteht und sie alle eins sind in Wahrung und Verteidigung der höchsten irdischen und geistigen Güter des Seins. Dann werden ihnen auch Vaterland, Freiheit und Menschenwürde zum unantastbaren Heiligtum, und in den Stunden der Entscheidung werden sie erfüllt von jenem Pfingstgeist, aus dem heraus der Deutsche Luther die Worte fand:

„Du höchster Tröster in aller Not,
Hilf, daß wir nicht fürchten Schand noch Tod,
Daß in uns die Sinne nimmer verzagen,
Wenn der Feind wird das Leben verklagen.
Erbarm dich, Herr!"

Das Anwachsen des Bolschewismus.

Unter britischen Truppen in Aegypten. — Unter einem französischen Armeekorps.

„Daily Herald" meldet vom 4. d. Mts., daß verläßlichen Meldungen aus Aegypten zufolge, die dortigen britischen Truppen in Anbetracht dessen, daß ihre Forderungen seitens des Kriegsamtes unberücksichtigt blieben, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand genommen und Soldatenräte gewählt haben, um die gemachten Versprechungen bezüglich der Demobilisation zu erfüllen.

In der Unterhaussitzung vom 3. Juni fragte der Arbeitervreter William Lunn den Staatssekretär, ob ihm bekannt sei, daß unter den Truppen in Aegypten Soldatenräte gegründet worden seien, daß in Kantara Körperschaften beschlossen, welche Wachen und Strapazen zulässig sind, daß das Artilleriekorps in Kairo am 12. Mai in den Ausstand getreten sei, ob ihm außerdem bekannt sei, daß am 13. Mai eine Massenversammlung der Truppen in Kairo stattfand, um gegen die zwangsweise Zurückhaltung von Soldaten zu protestieren, die freiwillig in den Militärdienst getreten sind, daß ein allgemeiner Ausstand der in Aegypten stehenden Truppen drohe, und ob der Staatssekretär gewillt sei, sein Aeußerstes zu tun, um durch die beschleunigte Durchführung der Demobilisation die Unruhen zu beschwichtigen. Der Staatssekretär bat, daß diese Fragen auf den folgenden Tag verschoben würden.

Ein von der französischen Zensur gestrichener Artikel der „Humanite" trägt die Ueberschrift: Was ist in Toulon vorgegangen? Von dem „Berner Tageblatt" verlautet in Genf, daß am Sonnabend das 17. Armeekorps in Paris gemeutert habe, weil es zur Besetzung des linken Rheinufers nach Mainz befördert werden sollte.

Ausdehnung der Streiks in Frankreich.

In der französischen Bauindustrie dehnen sich die Streiks aus. In der Metallindustrie dauern die Verhandlungen fort, doch ist eine Verständigung noch nicht erzielt. Die Fabriken sind besetzt. Wie der „Eclair" meldet, hat die Ge[illegible] Mittelpunkt der Prozugesichert. Wie das „Journal" [illegible] Polizeipräfekt in Uebereinstimmung mit dem Militärgouvernement umfangreiche Maßnahmen beschlossen. Einige Kavallerie- und Infanterie-Regimenter werden nach Paris gebracht, um die Polizei zu unterstützen.

Die Pariser Ausstandsbewegung.

Die Pariser Ausstände dauern noch immer fort. Mehrere Syndikate, unter anderem das der Bauarbeiter und der Wäschereien haben sich der Bewegung angeschlossen. Die Regierung beabsichtigt, den Pariser Lokalverkehr durch Militär aufrechtzuerhalten.

Das Organ Herves, die „Viktoire", meldet, daß sich in Toulouse revolutionäre Zwischenfälle bedenklichster Art ereignet haben. Einzelheiten über diese Vorfälle werden von der Zensur unterdrückt; so erscheint die „Humanite", die einen längeren Bericht darüber veröffentlichen wollte, mit weißen Spalten, die von der Zensur herrühren. Dem „Journal" zufolge ist ein allgemeiner Eisenbahner-Ausstand zu befürchten.

Neuer Putschversuch in Aussicht!

Die „Neue Badische Landeszeitung" erfährt aus zuverlässiger Quelle:

Die Zeit scheint nicht zur Ruhe kommen zu dürfen. Kaum hat man etwas aufgeatmet, nachdem der Putschversuch am Sonntag so gründlich mißglückt, und die Protestversammlungen am Montag so glänzend verlaufen waren, schweben schon wieder Gerüchte von einem neuen Putschversuch — man sagt zu Pfingsten — in der Luft. Diesmal soll es etwas schlauer angefangen werden, als am 1. Juni. Das französische Militär soll nicht wieder so zurückhaltend sein. Man munkelt davon, daß diesmal viele Elsässer — man spricht von einigen Sonderzügen — kommen sollen, vielleicht auch französische Soldaten, jedenfalls aber Propagandaoffiziere in Zivil, die schon bisher als deutsche Patrioten an den Versammlungen, beispielsweise im Gambrinus in Speyer, teilgenommen haben. Die Anwesenheit dieser sicheren Personen genügt natürlich nicht und deshalb soll am Tage vor dem Putschversuch der ganze Verkehr nach Speyer eingestellt werden, damit ja keine Pfälzer nach Speyer kommen können. Aber auch die Speyerer selbst sind überflüssig. Damit sie nicht in Versuchung kommen zu dem großen Ereignis zu eilen, jagt man sie vorher mittels Alarm in die Häuser, Auf Alarmvorschriften wird dieserhalb dieser Tage in den Zeitungen erneut hingewiesen.

Das Ende der Republik Dorten.

Die Republik Dorten kann wohl als zerschlagen angesehen werden, in jedem Sinne des Wortes. Seitdem die neuen „Minister" am Mittwoch überall aus den Regierungsgebäuden hinausgeprügelt und in Autos fortgefahren wurden, hat man nichts mehr von ihnen gehört. Ihr Aufenthalt, soweit sie nicht mit blutendem Schädel in Krankenhäusern liegen, ist nicht bekannt. In der Bevölkerung ist die allgemeine Empörung über den Landesverrat in ein Gelächter über das jämmerliche Ende umgeschlagen. Mit vollem Ernst wird in allen Kreisen die aufrechte Haltung anerkannt, die unsere Beamtenschaft gegenüber den Verrätern einnahm.

Judas Ischarioth.

Die Grundmauern deutscher Einigkeit beginnen zu wanken. Was 1871, nach den glorreichen Siegen der Väter, in Erfüllung ging, der Traum des geeinigten Deutschlands, will sich jetzt wieder in Nebeldunst auflösen. Allerlei Abtrennungsgelüste steigen gespenstig empor. Schon vor einigen Monaten ging das Gerücht von der beabsichtigten Selbständigkeitserklärung der Rheinlande und trotz sehr entschiedener Ableugnungen wollte es nicht verstummen. Jetzt werden ganz offen die Namen der politischen Führer und der Zeitungen genannt, die ernsthaft darauf ausgehen, die Rheinprovinz von Preußen, ja von Deutschland überhaupt, abzulösen. Hinter ihnen steht selbstverständlicher französischer Einfluß und französische Macht. Offen, noch dreister, treibt der Verrat sein Wesen in der Pfalz. Dort haben sich einige bislang ganz unbekannte Herren, an ihrer Spitze ein gewisser Dr. Haas, zusammengetan, um die pfälzische Republik auszurufen, die unter französischem Schutz stehen soll. Als die deutschen Behörden die Urheber des Planes verhafteten, mischte sich das französische Kommando ein, befreite die Gefangenen und verhängte strenge Strafen über die pflichtgetreuen Beamten. Was Wunder auch — sind doch natürlich die Franzosen hier so gut wie im Rheinland die eigentliche treibende Kraft des Verrats gewesen.

Keinen Augenblick lang soll bezweifelt werden, daß die ungeheure Mehrheit der deutschen Bevölkerung in den bedrohten Revieren noch immer treu zum Reiche hält. Aber die Gefahr, daß sie sich von einigen gut bezahlten Entschlossenen überrennen läßt, ist groß. Der Feind, der in seiner unsinnigen Angst vor unserem nationalen Wiedererwachen Deutschland zerstückeln will, scheut kein Mittel, um Hochverräter zu züchten und zur Tat zu ermutigen. Geld und Versprechungen werden massenhaft ausgestreut. Daneben fehlt es an anderen Lockungen nicht. Die besetzten Gebiete, die für immer von Deutschland abgetrennt werden sollen, erhalten zeitweilig billige Lebensmittel und Waren, sodaß sie vorübergehend aufatmen und sich erhaben über die armen Hungerleider im inneren Deutschlands fühlen können. Auch Freundlichkeiten anderer Art werden hoch und niedrig erwiesen; die angebliche französische Liebenswürdigkeit und Umgänglichkeit feiert Triumphe. Michel läßt sich gar so gern die [illegible] ausrichten, wenn nicht der schlimmste jahrelanger Erfahrung Einigkeit, das deutsche Volk selber, oder richtiger gesagt, seine Regierung, sowie die durch die Revolution herbeigeführten unseligen Mißstände wären.

Den ersten Anstoß zum Abfall empfingen rheinische Kreise aus Berlin, empfingen ihn damals, als der Kultusminister Hoffmann, der bekanntlich die Gleichberechtigung von Mir und Mich in der deutschen Sprache verkündet hat, seine berüchtigten Erlasse gegen den Religionsunterricht in der Schule veröffentlichte. Das Mißtrauen der Leute am Rhein, die sich ihre Religion unter keinen Umständen nehmen lassen wollen, ist seitdem trotz aller Beschwichtigungsversuche nicht mehr entschlummert. Es fühlen sich Millionen christlicher Deutscher von den Berliner Aufklärungsschwätzern abgestoßen und wünschen nichts Gemeinsames mit diesen Leuten zu haben. Tauchen solche Gefühle und Stimmungen aber erst einmal auf, dann führen sie leicht zu weiteren Entschlüssen.

Genau so widerwärtig wie durch ihre religionsfeindlichen Maßnahmen ist die Regierung Millionen von braven Deutschen durch ihre vaterlandslose Politik, die am 9. November den Gipfel erreichte und uns wehrlos in die Hand erbitterter raub- und rachgieriger Feinde lieferte. Niemand erhofft sich von den Männern, die augenblicklich Deutschlands Geschicke leiten, Rettung von der furchtbaren Gefahr, in die sie uns hineingestoßen haben.

So lösen sich ganz von selbst die inneren Bande. [illegible] dings wird kein nationaler Mann aus Haß der Regierung mit den geschworenen Widersachern seines Volkes paktieren, aber er wird auch etwaigen Abtrennungsgelüsten besoldeter Banditen oder verstiegener Narren nicht mit jener heißen Empörung entgegentreten, die eine wirklich nationalgesinnte Regierung ohne weiteres entfachen könnte. Reichsverdrossenheit macht sich allenthalben breit. Bei kleinen Seelen führt sie dazu, daß man Deutschland aufgibt, nur um den kommenden ungeheuerlichen Steuern zu entgehen. Gerade auf diese rein materiellen Stimmungen spekuliert der Feind mit Erfolg. Er redet den Schwankenden geschickt vor, daß sie nach der Lostrennung von Deutschland ein Schlaraffenleben führen würden, daß sie für die Kriegskosten nicht aufzukommen haben und ertragreichen Handel mit Frankreich und seinen Verbündeten treiben können. Die Kinder, sie hören es gerne. Daß sie hierbei in genau derselben beschämenden und wenig schamhaften Weise belogen und betrogen werden, wie sie anläßlich des Waffenstillstandes betrogen worden sind, wie man sie jahrelang hetzerisch von London und Paris her belog, das kommt ihnen nicht zum Bewußtsein.

Die Pläne des Vierverbandes auf eine vollständige Zerstückelung des Reiches nehmen von Tag zu Tag keckere Gestalt an. Neuerdings beginnt es sich sogar in Hannover zu regen. Hannover ist bekanntlich früher dynastisch sehr nahe mit England verwandt und verschwägert gewesen. Dringende Gefahr besteht, daß John Bull sich hier eine neue Kolonie in Deutschlands Herzen zu schaffen sucht. Und leider scheinen große Parteigruppen, vor allem welfisch-gesinnte, den britischen Verführungskünsten gegenüber nicht fest zu sein. Auf anderem Wege wird wieder versucht, Bayern, Baden und Wüttemberg vom Reiche abzusprengen, indem man ihnen nahelegt, Sonderfriedensverhandlungen mit dem Vielverband zu beginnen. Wir glauben nicht daran, daß diese trübselige Spekulation auf die deutsche Uneinigkeit im

Süden unseres Vaterlandes glücken wird. Immerhin zeigt sie, mit welchen Mitteln der Feind arbeitet und auf was für Ueberraschungen wir uns gefaßt machen müssen.

Deutschlands Gaue sind nicht wie die von England und Frankreich im Mittelalter durch starke Königshand zu einem nahtlosen Reichskörper verschweißt worden. Während die britischen und französischen Könige alle selbständigen Herzöge und Barone der Krongewalt unterwarfen und ihnen die Souveränität nahmen, sind die deutschen Einzelstaaten bestehen geblieben. Neben großem kulturellem Segen, den wir dieser Vielteilung verdanken, hat sie uns auch großes Unheil gebracht. Ihretwegen war Deutschland jahrhunderte lang das Schlachtfeld aller europäischen Völker und in allen europäischen Kriegen fochten immer wieder Deutsche gegen Deutsche. Bismarcks überragender Geist machte nach Sedan diesem Jammer ein Ende. Heute droht er uns in verschärfter Form und darum ist besondere Wachsamkeit am Platze. Wehe aber jedem Deutschen, der in des Reiches Not aus niedrigen Gründen, um seines Ehrgeizes oder seiner Habsucht willen, das eigene Volk im Stiche läßt! Heute im herzbewegenden Jammer dieser Zeit, ist es mehr als je unsere Pflicht, unbedingt zusammen zu halten. Der vernichtende Fluch der Zukunft wird jeden Judas Ischariot treffen, der sein Volk um dreißig Silberlinge verrät.

Die Antwort der Entente.

Keine glatte Ablehnung!

Der „Matin" schreibt: Wilson habe erklärt, der Vertragsentwurf der Alliierten entspreche den 14 Punkten. Der Wortlaut der Antwort sollte Donnerstag festgesetzt und Freitag übereicht werden. Der „Matin" glaubt, daß diese Antwort eine Widerlegung der deutschen Behauptung sein und nichts im Dunkeln lassen wird. Sie wird die völlige Uebereinstimmung des Vertrages mit dem Wilsonschen Programm „beweisen".

Der „Matin" geht dann zu der Frage über, welche Zugeständnisse Deutschland gemacht werden sollen. Besonders zwei Punkte nähmen die Aufmerksamkeit des Viererrats in Anspruch, zunächst die finanzielle Frage. Der „Matin" glaubt, daß der Höchstbetrag der Entschädigung zwischen 200 und 250 Milliarden schwanken wird. Sodann sollen im Osten Deutschlands gewisse Zugeständnisse gemacht werden. Paderewski sei vom Viererrat vernommen worden und habe anerkannt, daß man in gewissen Grenzbezirken Deutschland einige Vorteile einräumen könne.

Die Pariser Ausgabe des „Newyork Herald" berichtet noch folgende Einzelheiten: In zwei Sitzungen des Vierer-Rats wurde beschlossen, daß in den Gebieten von Oberschlesien und Ostpreußen, die Polen zugeteilt waren, eine Volksabstimmung vorgenommen werden soll. Ferner beschloß der Viererrat, daß Deutschland ein Anrecht auf die Erzeugnisse der Kohlenbergwerke Oberschlesiens, sonst aber keinerlei Rechte dort haben wird. Eine Anzahl Abänderungen wurde im Wortlaut des Vertrages vorgenommen, die jedoch die Grundsätze nicht berühren. Der „Newyork Herald" glaubt, daß der Viererrat die Höhe der von Deutschland zu zahlenden Gesamtschuld nicht festsetzen wird, da dadurch an den Grundlagen des Vertrages gerüttelt werde, was Wilson und Clemenceau durchaus nicht wollen. Das „Journal" erklärt: Die Antwort der Alliierten wird keine glatte Ablehnung sein.

Einige französische Blätter äußern ihr starkes Mißbehagen darüber, daß der Viererrat Deutschland Zugeständnisse in Oberschlesien machen will. Man schwäche dadurch Polen und indirekt Frankreich, das Interesse daran habe, daß auch im Osten Deutschlands ein starker, in jeder Hinsicht unabhängiger Nachbar wohne. Das „Echo de Paris" sagt, vor 300 Jahren habe Frankreich seinen Rang in der Welt be[illegible] ihr finde man die Elemente einer kontinentalen Politik, die Frankreich gestatte, sich gegenüber England und Amerika auf das richtige Niveau zu stellen und gleichzeitig Deutschland gegenüber eine feste Haltung einzunehmen.

Eine „rheinische Abordnung".

In Versailles traf eine rheinische Abordnung ein, um mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau und der Friedensdelegation die das Rheinland betreffenden Fragen zu besprechen. Graf Brockdorff-Rantzau beabsichtigt, in derselben Angelegenheit zum Besuch des Kardinals von Hartmann auf einen Tag nach Köln zu reisen.

Die belgische Frage.

„Matin" meldet, daß der türkische Großwesir, sowie der Minister des Innern Ali Kemal Bey in Paris erwartet werden in offiziöser Mission.

Im „Petit Parisien" veröffentlicht die belgische Delegation eine Note, nach der die Erörterungen, die am Mittwoch im Fünferrate über die belgische Frage stattfanden zu keinem Ergebnis führten. Dem belgischen Wunsch gemäß sei die Frage vor den Ausschuß der Entente-Großmächte, Belgiens und Hollands verwiesen worden.

Politische Nachrichten.

— **Zu den jüngsten Erörterungen** der Blätter erklärt Generalleutnant von Linsingen: Am 9. November 1918 sei es bei der Haltung der Truppen nicht möglich gewesen, eine Revolution erfolgreich zu bekämpfen. Da ein Ersatz durch zuverlässige Truppen nicht zu erwarten war, habe er aus eigener Verantwortung den Befehl gegeben, von der Schußwaffe keinen Gebrauch zu machen. Erst nach Ausgabe des Befehls sei der Kriegsminister benachrichtigt worden.

— **Die Frankfurter Zentrumspartei** hat in ihrer Hauptvorstands-Sitzung am 5. Juni einstimmig und entschieden sich dagegen verwahrt, für die Loslösungsbestrebungen im Rheinland und Nassau verantwortlich gemacht zu werden und hat sich der Ablehnung dieser Bestrebungen durch die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung angeschlossen.

— **Die Nachrichten häufen sich immer mehr**, daß die deutschen Kriegsgefangenen in englischer Gewalt in Frankreich, die mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beschäftigt werden, mit der größten Rücksichtslosigkeit behandelt werden. Eine große Anzahl Todesfälle werden gemeldet, infolge der Unfälle, die sich bei den Aufräumungsarbeiten durch Explosionen von Minen, Granaten und so weiter ereignen. Gegen diese allen Menschlichkeitsbegriffen hohnsprechende Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen ist nachdrücklich bei der englischen Regierung Einspruch erhoben worden.

Meuterei der polnischen Truppen in Posen?

Zu der gerüchtweise gemeldeten Meuterei der polnischen Truppen in Posen erfährt die Bromberger „Ostdeutsche Rundschau" jetzt von einem Deutschen, dem es gelungen ist, unbehelligt aus der Stadt Posen nach dem unbesetzten Gebiet zu kommen. Die polnischen Truppen haben seit einiger Zeit die Waffen niedergelegt. Nur Hallersche Truppen versehen noch Dienst. Die Arbeiterschaft ist infolge der Herabsetzung der Arbeitslöhne auf 35 Pfg. für die Stunde in den Generalstreik getreten. Die Preise der Lebensmittel sind außerordentlich gestiegen.

Unser „treuer" Verbündeter.

St. Es war im zweiten Kriegsjahre, als der damalige Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg in einer geheimen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages sich über die Lage im Allgemeinen und dabei des näheren über Oesterreich-Ungarn aussprach. „Wenn man auch mit manchen Maßnahmen unseres Verbündeten nicht ganz einverstanden sein kann und wenn auch das militärische Urteil über die Truppen unseres Verbündeten nicht immer anerkennend lautet", erklärte der Reichskanzler, „so muß doch betont werden, daß Oesterreich-Ungarn sich als treuer Verbündeter gezeigt hat".

Als Herr von Bethmann-Hollweg diese Feststellung traf, lebte Kaiser Franz Josef noch. Unter dem Kaiser Karl aber verflüchtigte sich die Treue, und selbst Herr von Bethmann-Hollweg, der sich über so manches arg getäuscht hat, würde Bedenken getragen haben, diesem Verbündeten ein treues Verhalten zu bescheinigen. Man erinnert sich des Briefwechsels des Kaisers mit seinem Schwager, dem Prinzen von Parma. Ueber den Inhalt dieser Briefe hat das deutsche Volk seinerzeit, weil man auf den „treuen Verbündeten" Rücksicht nehmen mußte, nicht die volle Wahrheit erfahren. Tatsächlich hat der „Knabe Karl", wie der „Kladderadatsch" den jungen Kaiser zu nennen pflegte, den Franzosen Elsaß-Lothringen angeboten, sich aber von Herrn Poincare sagen lassen müssen, daß dieses Angebot, um zum Frieden zu gelangen, nicht genüge; Frankreich beanspruche auch das linke Rheinufer. Nach diesem Briefwechsel darf man ohne weiteres auch ein Schreiben für echt halten, das vor einigen Tagen von französischen Zeitungen veröffentlicht wurde und von dem ehemaligen Kaiser Karl an einen seiner italienischen Verwandten gerichtet ist. In diesem Briefe versichert der frühere Kaiser, daß seine Gattin, die Kaiserin Zita, vom ersten Tage seiner Thronbesteigung an daran gearbeitet habe, einen Sonderfrieden mit der Entente zu schließen. Leider sei damals die Angst vor der „Brutalität Wilhelms des Zweiten" so groß gewesen, daß ihre Bemühungen vergeblich blieben. Die Tätigkeit, die hier der Kaiserin Zita von ihrem Gatten nachgerühmt wird, hat ohne weiteres die innere Wahrscheinlichkeit für sich. In Wien hat man im letzten Jahre des Krieges über diese Kaiserin noch ganz anders geurteilt. Allgemein hieß es, daß sie die Feldzugspläne der Oesterreicher an Italien verraten habe. Das ging freilich viel zu weit. Sicher aber ist es, daß die jesuitisch-italienische Umgebung der Kaiserin, dieses Sprossen eines entarteten Bourbonen-Zweiges, häufig für unsere Feinde durch Nachrichten-Uebermittelung gearbeitet hat.

Darf man sich nach alledem, was diese „treuen" Verbündeten, die immerfort auf Verrat sannen, für Deutschland getan haben, irgendwie wundern, daß unsere Feinde für Friedensverhandlungen nicht zu haben waren, daß selbst Italien, ungeachtet der furchtbaren Schläge, die ihm die Mittelmächte versetzt hatten, den Krieg weiterführte? Man wußte ja nur zu gut, wies es um unseren Verbündeten bestellt war; man wußte, daß bei ihm der Zusammenbruch nicht ausbleiben konnte. Nicht das Schwert der Feinde, der Verrat hat Deutschland bezwungen: der Verrat in seinem Innern und der Verrat seines — „treuen" Verbündeten!

Deutsches Reich.

— **Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung** beendete die zweite Lesung des Verfassungsentwurfes mit Ausnahme der Grundrechte. Ueber diese soll voraussichtlich Ende nächster Woche in Weimar beraten werden.

Deutschnationale Anträge

[illegible] (Stettin) und Genossen in der Preußischen Landesversammlung haben folgende Anträge gestellt:

Die verfassungebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter der Beamten bei den Kommunalverwaltungen, Versicherungsanstalten für Invalidenversicherung, städtischen oder solchen Instituten, die ganz oder teilweise aus Mitteln des Reiches, des Staates, der Gemeindeverbände oder der Gemeinden unterhalten werden, sowie der Beamten der kirchlichen Behörden, mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1919 ab in gleicher Weise, wie es für die Reichs- und Staatsbeamten bereits geschehen ist, geregelt werden.

Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, den Gendarmen sofort den Rang der mittleren Beamten zu verleihen.

— **Amtlich** wird gemeldet: Das Weitererscheinen der „Deutschen Zeitung" ist bis auf weiteres untersagt worden. Grund zu diesem Verbot war der in der Freitagsnummer zum Abdruck gebrachte Artikel: Der Worte sind genug gewechselt, besonders der letzte, zum eigenmächtigen bewaffneten Aufstand anreizende Absatz dieses Artikels.

— **In Berlin** hat ein Proteststreik begonnen, aus Anlaß des Vollzugs des Todesurteils gegen Levine-Nissen. Freitag nachmittag um drei Uhr stellten die Straßenbahnen den Betrieb ein.

— **Präsident Fehrenbach** hat die Mitglieder der deutschen Nationalversammlung ersucht, am Donnerstag **in Weimar** anwesend zu sein.

— **Ein Erlaß der Reichsregierung** hebt den Belagerungszustand über das Gebiet des Freistaates Braunschweig auf.

— **Der Vorstand des deutschen und preußischen Städtetages** hat an den Reichspräsidenten folgende Drahtung gerichtet:

Die deutschen und preußischen Städte verurteilen auf das Schärfste die gewissenlosen und hochverräterischen Machenschaften einer kleinen Gruppe Ehrlüsterner und Pflichtvergessener, die die deutschen Rheinlande aus ihrer durch Natur und Geschichte verbürgten Volks- und Staatsgemeinschaft loslösen, und durch dieses eigenmächtige Unterfangen unser schwer leidendes Volkstum vollends vernichten möchten. Mit der Bevölkerung der Rheinlande und ganz Deutschlands empfinden wir die verbrecherische Unnatur dieser Taten, über die bezeichnenderweise in den Mittelpunkten des rheinischen Städtelebens nur eine Stimme der Verachtung laut geworden ist:. Die ewige Schmach, das Vaterland in seiner Not verlassen zu haben, wird keine deutsche Stadt auf sich nehmen.

Ein deutliches Wort zur Friedensfrage.

Die Deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung hat einstimmig folgenden Antrag an die Nationalversammlung eingereicht:

Die Nationalversammlung wolle folgende Erklärung beschließen:

1. Sowohl die Friedensbedingungen der Entente wie die Gegenvorschläge der deutschen Regierung sind als unerfüllbar und unerträglich und als mit der Zukunft und Ehre des deutschen Volkes unvereinbar abzulehnen. Die Vertretung des deutschen Volkes wird niemals damit einverstanden sein, daß Deutsche, die in deutschen Gebieten wohnen, der Fremdherrschaft unterworfen werden. Wenn sogar viele Millionen von Deutschen im Osten dem neuen polnischen Reiche und seiner Wirtschaft ausgeliefert werden sollen, so ist das schlimmer als Zinsknechtschaft, wirtschaftlicher Niedergang und alles, was der Friedensvertrag sonst an Schlägen gegen das Deutschtum enthält. Auch wenn eine deutsche Regierung dieses Zugeständnis machen wollte, die Deutschen in diesem Gebiete selbst würden es nie dulden und ertragen.

2. Für den Fall, daß dem wehrlos gemachten deutschen Volke die Erfüllung der von der Entente gestellten Friedensbedingungen gewaltsam auferlegt werden sollte, wird folgender Zusatz in die Verfassung des Deutschen Reiches aufgenommen:

„Bis zu dem Zeitpunkte, wo kein Teil deutschen Gebietes mehr unter Fremdherrschaft steht, gilt folgende Uebergangsbestimmung:

In den unter Fremdherrschaft stehenden oder sonst deutscher Landeshoheit entzogenen Gebietsteilen des Deutschen Reiches bleiben bis zur Beendigung dieses Zustandes die Wahlen zur Nationalversammlung in Geltung, die am 19. Januar 1919 vorgenommen worden sind".

3. Der Eintritt Deutsch-Oesterreichs in das Deutsche Reich ist ausschließlich durch Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Oesterreich zu regeln.

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Die verfassunggebende Nationalversammlung nimmt mit tiefer Entrüstung Kenntnis davon, daß in der schwersten Stunde der deutschen Geschichte sich Hoch- und Landesverräter finden, die mit dem Feinde über die neue staatliche Ordnung Deutschlands verhandeln. Die Nationalversammlung gedenkt ehrend und voll Stolzes der Deutschen an der Saar und in Elsaß-Lothringen, in den Rheinlanden, der Pfalz, Hessen und Nassau, die sich mutvoll zum Deutschen Reiche in seinem Unglück bekennen, vor allem derer, die um deswillen aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen worden sind. Das deutsche Volk erwartet, daß je schwerer die Zeitlage, desto fester deutsche Treue sich bewähre.

Das Uebergangsgesetz.

Als die deutsche Nationalversammlung zusammentrat, nahm der verfassungslose Zustand ein Ende, der seit dem 9. November bestanden hatte. Damals hatte eine Regierung sich der Herrschaft bemächtigt, die ohne Kontrolle eines Parlaments durch Notverordnungen in alle Gebiete eingriff, oft in Gestalt von Verordnungen von größter grundsätzlicher und praktischer Bedeutung. Als eine, vielleicht die wichtigste Aufgabe der Tagung von Weimar erschien es, diese oft von reinem Parteigeist geleitete Gesetzgebung einer ernsten und sachlichen Prüfung zu unterziehen. Aber nur die Rechte bestand auf dieser Prüfungspflicht, die Mehrheitsparteien wollten für sich nur ein Prüfungsrecht. Was binnen drei Monaten nicht geprüft sei, solle seine Rechtskraft behalten. Dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Roesicke gelang es, wenigstens für drei Verordnungen (Krankenversicherung, Sicherung der Garten- und der Akkerbestellung) diese Prüfung durchzusetzen, aber darüber hinaus ist bis jetzt noch nichts geschehen, obgleich die drei Monate bald zu Ende gehen.

In einer Zeit, die von den gewaltigsten Fragen bewegt ist, wo aber auch die Kleinarbeit der täglichen Politik die Mitwirkung der Volksvertretung dringend erfordert, ist ja die Nationalversammlung nach einem flammenden Protest bis auf weiteres vertagt, sie weiß auch nichts von den Gegenvorschlägen der Regierung, nichts von dem ungeheuerlichen Vorschlag der 100 Milliarden. Eine kleine Gruppe von Parteiministern, allenfalls im Einverständnis mit den Vorsitzenden ihrer Fraktionen, entscheidet über das Wohl Deutschlands. Es sind dieselben Männer, die die Notgesetze erlassen haben. Ihnen ist der durch sie herbeigeführte Zustand schon recht. Daß aber vieles, was in aller Eile beschlossen werden mußte, jetzt schon ganz anders aussieht und gewissenhafter Prüfung nicht standhalten kann, das wissen [illegible] Nachprüfung bleibt unbeachtet. das Recht des Volkes auf

— **Der Monats-„Umsatz" im Schleichhandel.** Daß es sich in dem schweren Kampf, den das Landespolizeiamt beim Staatskommissar für Volksernährung gegen den Schleich- und Kettenhandel führt um sehr erhebliche Werte handelt, möge aus einigen Zahlen vorgehen. Im Monat März sind allein Waren im Gesamtwerte von 2 750 000 M. beschlagnahmt worden. Im April betrug der Gesamtwert über 1 Million M. der beschlagnahmten Waren. Außerdem wurden im April noch für 16 Millionen Mark Waren beschlagnahmt, die durch gefälschte Bezugsscheine bezogen waren. Ueber den Monat Mai liegen abgeschlossene Zahlen noch nicht vor, doch sind die im Mai beschlagnahmten Werte höher als in den Vormonaten.

— **Anbau- und Ernteflächenerhebung.** Durch Bekanntmachung im Kreisblatt erinnert der Landrat nochmals an die Ablieferung der Ortslisten der diesjährigen Anbau- und Ernteflächenerhebung.

Kunst und Wissenschaft.

— **Siegfried Wagner** feierte am 6. Juni seinen 50. Geburtstag. Der Sohn Richard Wagners und Cosima Liszts ist nicht nur in der ehrfürchtig-treuen Pflegschaft des germanischen Festspielgedankens als Nachfolger seiner genialen Mutter der meisterliche Sachwalter des väterlichen Erbes geworden; er hat sich darüber hinaus selbst den Meisterkranz errungen. In seinem eigenen musikalischen Schaffen ist er der Schöpfer einer neuen volkstümlichen Bühnenkunst geworden, die in ihrer reichen Vielgestaltigkeit und prachtvollen inneren Geschlossenheit nicht besser gekennzeichnet werden kann als das musikalische Drama des deutschen Volkstums.

— **Die Eröffnung der Kölner Universität** wird am 12. Juni feierlich begangen werden.

— **Emmi Leisner** vom ehemaligen Königl. Opernhaus in Berlin bestritt das letzte Konzert dieses Konzertabschnittes vom Konzertverein mit einem Liederabend. Sie kam, sang und siegte; schon nach dem ersten Liede waren die Herzen der Hörer erobert. Die machtvolle, in schönster Blüte und Kultur stehende Altstimme strömte eine solche Fülle edelsten Wohllautes und sattester Klangfarbe aus, daß tatsächlich zuzeiten weihevolle Stimmung, Andacht, herrschte, die jäh und meuchligs abgetan wurde, wenn das Publikum in unbegreiflicher Gefühlsroheit die Beifallswerkzeuge in Betrieb setzte. Ein so zartes, in Poesie und Empfindung unvergleichlich kunstvoll getauchtes Lied wie Schuberts „Tod und das Mädchen" verlangt gebieterisch, daß der letzte, herrlich schön von der Sängerin herausgebrachte Hauch nicht im Orkan des Händetosens erstickt wird. Auch muß gesagt werden, daß die Klavierbegleitung, die hier bei Dr. B. E. Wolff in ersten Künstlerhänden lag, bis zum letzten Tone mit dem Vortragsstück ein untrennbares Ganzes bildet. und am Schluß durch Tuscheln und Blätterrauschen nicht gestört werden darf, will man nicht von vornherein die Wirkung abschwächen. Die Vortragsfolge hielt sich im herkömmlichen Rahmen (Schubert, Brahms, Schumann) und gab der Künstlerin Gelegenheit, ihr Gestaltungs- und Einfühlungsvermögen ins schönste Licht zu setzen. Das anmutige, neckische „Ständchen" von Brahms ward in ihrem Munde, ohne die vielfach geübte Effekthascherei, zu einem reinen Kunstgenuß.

Günther Herricht.

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 7. Juni 1919.

Am 8. Juni: Sonnenaufgang 3,41. — Sonnenuntergang 8,16. — Mondaufgang 3,14. — Monduntergang 12,52.

Kriegergräber.

Die Ungewißheit der Hinterbliebenen über die Pflege und weitere Erhaltung der Gräber in Feindesland wird von vielen Leuten ausgenutzt; sie fordern die Angehörigen auf, Verträge abzuschließen über Erhaltung, Instandsetzung und Ausschmückung der Gräber, auch wollen sie Auskunft erteilen, Nachforschungen anstellen, Lagepläne und Photographien beschaffen und Umbettungen sowohl von Einzelgräbern als auch von Gräbern auf Friedhöfen ausführen. Verlangt dafür wird stets die Voreinsendung einer bestimmten Geldsumme.

Das Kriegsministerium sieht sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß im Zentral-Nachweise-Bureau alle derartigen oben angeführten Wünsche der Angehörigen wie bisher kostenlos bearbeitet werden und Auskunft erteilt wird.

Das Zentral-Nachweise-Bureau des Kriegsministeriums, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, hat das gesamte an den ehemaligen Fronten geführte Gräberaktenmaterial in Verwaltung; es sind deshalb alle Anfragen in Gräberangelegenheiten zweckmäßig an diese Stelle zu richten, wobei bemerkt wird, daß die Beantwortung nicht immer so schnell, wie erklärlicherweise erwünscht, erfolgen kann, da das umfangreiche Material sich zurzeit noch in der Sichtung befindet.

Zur Vermeidung von Verzögerungen ist bei Anfragen außer dem Namen auch die letzte Adresse des Gefallenen anzugeben.

— **Zu unseren gestrigen Betrachtungen** über die sogenannte „Kunsthalle" wird uns mitgeteilt, daß die Stadt auf die Gestaltung dieses Bauwerkes, das in Privatbesitz ist, keinen Einfluß hat. Das mag stimmen. Wenn die Stadt aber jeden anderen Bürger zwingt, die Häuserfront und den anliegenden Straßenzug sauber zu halten, so ist nicht einzusehen, warum hier nicht mit Nachdruck eingegegriffen wird. Im übrigen scheinen uns sehr wohl Möglichkeiten zu bestehen, das Gebäude zweckdienlich zu verwerten. Man muß nur wollen!

— **Einen Waldgottesdienst** hält bei günstigem Wetter die St. Marien-Gemeinde am ersten Pfingstfeiertage früh 8 Uhr am Gollenkreuz ab. Superintendent Meyer predigt, der Kinderchor des Kantor Voigt singt.

— **Vom Wochenmarkte.** Das Gesamtbild war ungefähr dasselbe wie letzten Sonnabend. In Anbetracht der Feiertage waren Blumen, Flieder und Kalmus sehr reichlich vorhanden. Spinat, Salat, Spargel, Radieschen und so weiter kosteten ungefähr dasselbe wie am letzten Wochenmarkttage. Sowohl Käufer wie Verkäufer waren heute bedeutend zahlreicher vertreten.

— **Gesperrte Wege.** Der Weg von Altbelz bis Plümenhagen, der Weg von Buchwald über Jamund bis Labus und der Weg von Schwerinsthal über die Schwerinsthaler Eisenbahnbrücke bleiben bis auf Weiteres infolge chausseemäßigen Ausbaues gesperrt.

— **Zu dem Streik der hiesigen Tischler** teilt uns der Arbeitgeberverband, Kreis Köslin, mit, daß die Arbeitnehmer ihrer Fachgruppe, „Holzindustrie, Tischlergewerbe" am 3. Juni die Arbeit niedergelegt haben, ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist. Es ist zu bemerken, daß zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein Tarifvertrag vom 23. Dezember 1918 besteht, dessen Dauer bis 31. Dezember 1919 vertragsmäßig gewährleistet ist. Es liegt also offensichtlich ein Kontraktbruch vor, dieses wiegt um so schwerer, als hinsichtlich einer Lohnerhöhung, sofern sich eine solche durch eine seit Dezember vorigen Jahres eingetretene Verteuerung der Lebensunterhaltung rechtfertigen sollte. Verhandlungen von Seiten der Arbeitgeber für die nächsten Tage zugesagt waren.

— **Einbruchs-Versuch.** Am Montag abend wurde auf einem Grundstück in der Bergstraße versucht, in die Stallungen einzudringen. Vorübergehende sahen drei Männer über den Zaun steigen. Vielleicht handelt es sich um dieselben Diebe, die die Hühner und Ziege des Schuldieners abschlachteten.

— **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde bei einem Kaufmann in der Fabrikstraße verübt. Den Dieben fielen Zigarren, Zigaretten, Haferflocken, Butter, Zitronen im Werte von etwa tausend Mark in die Hände.

—ez. **Von unseren Lichtspielbühnen.** Der Direktion der **Kammerlichtspiele** ist es gelungen, für die Festtage ein gutes Programm zusammenzustellen. An der Spitze der vorzüglichen Spielfolge steht die große vieraktige Tragödie „Der Roman einer geschiedenen Frau". In ergreifenden Szenen schildert der Film die Irrungen einer jungen Frau, die sich aus Lebenslust von ihrem ernsteren Manne hatten scheiden lassen. Besonders durch die herrlichen Aufnahmen wie auch durch die lebenstreue Handlung wird dieser ungarische Film wertvoll. — Ein tolles Lustspiel ist das dreiaktige Stück „Dally verliebt sich in cognito", das die tollen Streiche einer Komteß schildert. — Auf die während der Feiertage mehrmals stattfindenden Vorstellungen sei an dieser Stelle nochmals hingewiesen und der Besuch bestens empfohlen.

— **Verkehrsverbesserung auf der Strecke Kolberg-Stettin.** Die Züge 844, Kolberg ab 8,09 Uhr vormitags und 849, Kolberg an 10,58 nachmittags verkehren vom 8. Juni ab auch an Sonn- und Festtagen zwischen Stettin und Kolberg.

Die Kampfesweise der Sozialdemokratie.

—ez. Ueber die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung haben wir ausführlich berichtet; es bliebe heute nur noch übrig festzunageln, mit welchen Mitteln die Sozialdemokratie kämpft.

Nach der ruhigen, sachlichen Begründung des Antrages auf Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrats, erhebt sich sofort ein sozialdemokratischer Redner und stellt fest, daß sich ein „reaktionärer, bürgerlicher Block gegen die Arbeiterschaft gebildet habe. Durch diese Erklärung wurde dem Verhandlungsthema eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete partei-politische Note gegeben. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion kann nicht das Recht in Anspruch nehmen, allein die Vertretung der gesamten Kösliner Arbeiterschaft zu sein. Vielmehr haben eine beträchtliche Anzahl Kösliner Arbeiter auch nichtsozialdemokratischen Kandidaten bei der Stadtverordnetenwahl ihre Stimmen gegeben. Weiterhin ist sehr zu bezweifeln, daß die gesamte Arbeiterschaft Köslins mit dem Schalten des hiesigen Arbeiterrats einverstanden ist. Ein großer Teil ist sogar von der Entbehrlichkeit überzeugt und von dem Wunsch nach Auflösung des Arbeiterrates erfüllt. Also ist die Behauptung der sozialdemokratischen Fraktion, die Arbeiterschaft würde geschlossen gegen die Auflösung des Arbeiterrates Front machen, sehr hinfällig, sogar sachlich nicht richtig. Nun ja, mit der Wahrheit scheint es nicht so genau genommen zu werden. Weiterhin haben die Herren „Genossen" nicht davor zurückgescheut, persönliche Beleidigungen auszudenken. So behauptete ein Redner, daß der Antrag von Leuten eingebracht sei, denen der Arbeiterrat dadurch unbequem war, daß er ihnen wohl zu scharf auf die Finger gesehen hätte. Diese auf nichts gegründete Behauptung ist recht bezeichnend für die Kampfesweise der Sozialdemokraten, die dadurch einen ihr unbequemen sachlichen Antrag zu untergraben sucht. Ferner wurde von der sozialdemokratischen Fraktion die Behauptung aufgestellt, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe einzig dem Arbeiter- und Soldatenrat zu verdanken sei. Wie wenig sich diese Behauptung aufrechterhalten läßt, beweist ein Hinweis auf die starre Hartnäckigkeit, mit welcher der Arbeiter- und Soldatenrat entgegen dem direkten Einspruch des Ersten Bürgermeisters Dr. Pusch, die rote Fahne zu Ehren Eisner auf Halbmast gesetzt hat. Auch dürfte die Hartnäckigkeit, mit der in der Zeit besonders heftiger politischer Erregtheit der Arbeiter- und Soldatenrat gegenüber den Vorstellungen durch den Zweiten Bürgemeister Most die rote Fahne nach ihrer tagelangen Entfernung sofort wieder auf dem Rathausturm aufgezogen hat, genug besagen. Wenn trotzdem die öffentliche Ruhe durch ein über fünf Monate langes ruhiges Ertragen der parteipolitisch einseitigen Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrats aufrechterhalten blieb, so ist dies das Verdienst der bürgerlichen Parteien und nicht des Arbeiter- und Soldatenrats. An der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe hat die besonnene Haltung und die Selbstbeherrschung der Bürgerschaft den größten Anteil. Mag man hinsehen, wo man will, so ist die ruhige und sachliche Begründung des Antrages Brummund durch keinerlei stichhaltige, vor allem nicht einmal versuchsweise durch rechtliche Gegengründe entkräftet worden. Deshalb sah sich die sozialdemokratische Fraktion gezwungen, mit unlauteren und unzulänglichen Kampfesmitteln zu kämpfen.

— **Nachklang.** Die Kollegin von der roten Fakultät sieht sich veranlaßt, zu unseren Ausführungen über die letzte Stadtverordnetensitzung einige maßgebliche und unmaßgebliche Randglossen zu machen. Soweit das Blatt sich mit den „Agrariern" beschäftigt, lohnt eine Erwiderung nicht; was unsere Feststellung betrifft daß die Zwangswirtschaft von der Sozialdemokratie eingeführt ist, so braucht man garnicht auf dem Mond zu leben um zu wissen, daß die Sozialdemokratie die Umgestaltung unserer Wirtschaft in der Richtung der Zwangswirtschaft der alten Regierung der Herren Bethmann und anderer Schwächlinge Schritt um Schritt abgepreßt hat. Im übrigen sei kurz an den jüngsten Plan der gebundenen „Planwirtschaft" des Herrn sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Wissell erinnert. Punktum!

— **Zanow. Jubiläum.** Der Schlossermeister Richard Buske begeht am ersten Pfingstfeiertage sein 30-jähriges Dienstjubiläum in der Zündholzfabrik von Max Pohl und Söhne. Treue redliche Pflichterfüllung haben dem Jubilar das volle Vertrauen und die Anerkennung sowohl seiner Vorgesetzten als auch seiner Mitarbeiter und Untergebenen gesichert, was in verschiedenen Ehrungen ihren Ausdruck finden wird.

—ow. **Bublitz. Die Stadtverordnetenversammlung** stellte den Haushaltsplan für 1919 fest. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 251 000 Mark. Die Stadt hat danach ein Vermögen von 808096 Mark und muß 139 335 Mark Steuern aufbringen. Es werden 275 Prozent Zuschläge zu den Personalsteuern und 250 Prozent zu den Realsteuern erhoben. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Aenderung der Geschäftsordnung wurde in Rücksicht darauf, daß voraussichtlich eine Aenderung der Städteordnung beschlossen würde, abgelehnt. — Der Antrag des Magistrats auf Aenderung der Hundesteuerordnung dahin, daß für jeden Hund 6 Mark Steuer zu zahlen sei, wurde nach erregter Aussprache abgelehnt. — Auf Antrag der Regierung wurde das Gehalt des Bürgermeisters Dr. Wiedenhoeft vom 1. April 1919 ab rückwirkend auf 5200 Mark jährlich und freie Dienstwohnung festgesetzt. — Bei der Burgwallstraße ist die Abtrennung eines Stückes von 45 Quadratmetern vom Lübkeschen Grundstück notwendig geworden, das gegen 150 Quadratmeter städtische Wiese vertauscht werden soll. Diesem Magistratsantrage stimmte die Versammlung zu. — Der Antrag des Magistrats vom 16. Mai 1919, die entbehrlichen Teile übergroßer Wohnungen zu beschlagnahmen und den Magistrat hierzu zu ermächtigen, wurde angenommen und Ackerbürger Albert Hahn sowie Architekt Nach zur Wohnungskommission gewählt. — Die sozialdemokratische Fraktion hatte beantragt, ein Mitglied von ihr in die Schuldeputation anstelle eines anderen Mitgliedes zu wählen, da sie bei der stattgefundenen Zettelwahl kein Mitglied erhalten habe. Nach sehr erregter Aussprache schlug Bürgermeister Dr. Wiedenhoft vor, ein Mitglied der soz. demokrat. Fraktion zuzuwählen. Es wurde Malermeister Heinrich Lehmann gewählt. — Dieselbe Fraktion beantragte, eine Badeanstalt im Völkerfiersee einzurichten. Nachdem von verschiedenen Mitgliedern, die zurzeit unmögliche Forderung zurückgewiesen wurde, beantragte Rechtsanwalt Plach, dem Badeverein eine einmaligen Zuschuß von 200 Mark zu bewilligen. — Der Bürgerverein hatte beantragt, auf dem Gemeindefriedhof noch eine zweite Pumpe sofort anzulegen und die Schutthaufen (Kränze und dergleichen) zu beseitigen. Es wurde diesem Antrage allseitig zugestimmt und der Magistrat ersucht, für Ordnung und Sauberkeit auf den Friedhöfen zu sorgen, insbesondere eine Grube zur Verbrennung der Kränze einzurichten.

—tz. **Regenwalde. Kriegsgefangenenheimkehr.** Zum Zweck des Empfanges, der ersten Fürsorge und Beratung der heimkehrenden Kriegsgefangenen ist in Regenwalde die „Kriegsgefangenenheimkehr" unter Vorsitz des Superintendenten Schramm gegründet worden. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Superintendentur. — **Einspruch.** In dem Kreistag unseres Kreises ist gegen die Wahlen zum Kreistag zu Regenwalde Einspruch erhoben worden. Nach ausführlicher Aussprache wurden die Wahlen des Mühlenbesitzers G. Gauger und Schmiedemeisters Alb. Strey, hier, für ungültig erklärt.

Letzte Nachrichten.

Hamburg, 7. Juni.

Auf den Heiligen Geist Feiertagen fanden gestern große Protestkundgebungen gegen die Erschießung Levines statt. Die Beteiligung war nicht so groß, wie bei früheren Anlässen, besonders traten die Mehrheitssozialisten stark in den Hintergrund. Sämtliche Redner schoben die Schuld an den Münchener Vorgängen Ebert, Noske und Scheidemann zu. Nach den Versammlungen bildeten sich Demonstrationszüge, die sich in das Innere der Stadt bewegten. Die roten Fahnen trugen meistens Trauerflor und auf Schildern, die im Zuge getragen wurden, wurde die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen, insbesondere Ledebours, gefordert. Bei dem Zug ins Innere der Stadt kam es an verschiedenen Stellen zu schweren Ausschreitungen.

München, 7. Juni.

Entgegen der Berliner Organisationsleitung hat die Münchener Arbeiterschaft noch keinen Beschluß für einen Proteststreik gegen die Erschießung Levines gefaßt. In allen lokalen Betrieben wird gearbeitet. Das Stadtbild weist keine Veränderung auf. Jedoch herrscht unter den Münchener Arbeitern erregte Stimmung, sodaß man annehmen darf, daß auch sie sich dem Beispiel der Berliner Arbeiterschaft anschließen werden. Auf Pfingstsonntag hat die Kommunistische Partei und die U. S. P. große Protestversammlungen einberufen.

Paris, 7. Juni.

„Petit Journal" meldet, daß die Kommissionen zur Prüfung der deutschen Gegenvorschläge, die später noch einmal vom Rat der Vier untersucht werden, erst am Mittwoch ihre Arbeiten vollendet haben werden. Dann wird sich der Rat der Vier mit der Redaktion der Antwortnote, die sehr umfangreich sein wird, am Donnerstag beschäftigen, sodaß die Ueberreichung der Note an die deutschen Delegierten erst am Freitag erfolgen wird. Anfangs wird die Note eine scharfe Zurückweisung der Behauptung der Verletzung der vierzehn Wilsonschen Punkte enthalten. Man wird sich auf die amtlichen Proklamationen der Alliierten in den letzten Kriegsjahren beziehen, die einen Ersatz sämtlicher Schäden und die Herstellung Polens fordern. Dann werden die Gründe über die Zulassung der Entschädigungs-Kommission auseinandergesetzt werden. Ferner wird die Note noch einige nebensächliche Aenderungen enthalten. Der Termin, bis zu dem sich die Deutschen schlüssig werden müssen, wird mindestens drei und höchstens fünf Tage betragen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptschriftleiter Günther Herricht; für den übrigen redaktionellen Teil: Wilhelm Elsholz; für den Anzeigenteil: Hans Neigefind. Druck und Verlag: Fürstentumer Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin.

Flechten Wunden offene Füße, Krampfadernleiden heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende, schmerz- und juckreizstillende „Pater Philipp-Salbe". Preis 2,00 und 3,75 M.; erhältlich in Hofapotheke. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei

Tutogen-Laboratorium, Ezittkehmen-Rominten. 212.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Brot- und Butterkarten für die nächsten fünf Wochen, der Kindermehl- und Kinderzwiebackkarten für Juli 1919 (die Zuckerkarten für Kinder für Juli befinden sich auf den Kinderkarten) sowie neuer Lebensmittelkarten und der Seifenkarten für die nächsten 6 Monate, findet in der Mädchenturnhalle wie folgt statt:

Am Dienstag, dem 10. d. Mts.,
von 7,30 bis 9,30 Uhr für die Bezirke 1 und 2,
von 10 bis 12 Uhr für die Bezirke 4 und 9,
von 12 bis 2 Uhr für die Bezirke 12 und 19.

Am Mittwoch, dem 11. d. Mts.,
von 7,30 bis 9,30 Uhr für die Bezirke 5 und 6,
von 10 bis 12 Uhr für die Bezirke 7 und 11,
von 12 bis 2 Uhr für die Bezirke 10 und 16.

Am Donnerstag, dem 12. d. Mts.,
von 7,30 bis 9,30 Uhr für die Bezirke 15a und 16a,
von 10 bis 12 Uhr für die Bezirke 19a und 20,
von 12 bis 2 Uhr für die Bezirke 21 und 22.

Am Freitag, dem 13. d. Mts.,
von 7,30 bis 10,30 Uhr für die Bezirke 8 und 15,
von 10,30 bis 2 Uhr für die Bezirke 17 und 18.

Am Sonnabend, dem 14. d. Mts.,
von 7,30 bis 10,30 Uhr für die Bezirke 3 und 13,
von 10,30 bis 2 Uhr für die Bezirke 1a, 14 und für die roten Fremdenkarten.

Die Brotausweiskarten sind zur Kontrolle vorzulegen. Die Abstempelung der Karten gemäß Ziffer 2 der Bekanntmachung des hiesigen Kreisausschusses vom 4. Dezember v. Js. findet gleichzeitig während der Kartenausgabe statt. Hierzu sind die grünen Ausweiskarten vorzulegen.

Von der neuen Ausgabe ab werden sämtliche Kinderkarten mit dem Magistratsstempel versehen. Auf ungestempelte Karten darf weder Gebäck noch Mehl verabfolgt werden. Geschieht dies von den Bäckermeistern usw. dennoch, so ist auf Anrechnung bei der Mehlzuteilung in keinem Falle zu rechnen.

Es kommt häufig vor, daß nachträglich Reklamationen in dem Sinne erfolgen, daß behauptet wird, bei der Ausgabe seien zu wenig Karten verabfolgt worden. Von jetzt an hat jeder Empfänger der Karten sofort diese bei Empfang nachzuzählen. Wer dieses Nachzählen unterläßt, hat später unter keinen Umständen das Recht, Reklamationen anzubringen. Eine nachträgliche Ausgabe von Karten kann nicht stattfinden.

Köslin, den 7. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, dem 8. Juni verkehrt die Stadtbahn mit Anhängern von 5,30 morgens ab in 10-Minutenverkehr. — An beiden Pfingstfeiertagen verkehrt die Strandbahn von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr stündlich. – Am Montag, dem 9. d. Mts. fährt um 7 Uhr morg. ein Strandzug nach Groß-Möllen.

Köslin, den 7. Juni 1919

Der Magistrat.

Milchkartenausgabe.

Die Fortsetzung der Magermilchkartenausgabe, jedesmal von ¼4 bis ½7 Uhr nachmittags in der Mädchenturnhalle, findet wie folgt statt:

am Dienstag, den 10. Juni für die Verkaufsstellen Meyer und Ramthun,
am Mittwoch, den 11. Juni für die Verkaufsstellen Braun und Schulz,
am Donnerstag, den 12. Juni für die Verkaufsstellen Schütt und Bahr,
am Freitag, den 13. Juni für die Verkaufsstellen Zels und Sliwinski,
am Sonnabend, den 14. Juni für die Verkaufsstellen Fliege und Kalmus.

Köslin, den 7. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am **Dienstag, dem 10. d. Mts., vormittags,** findet voraussichtlich in der Fischhalle Verkauf von **Räucherflundern** statt, und zwar für diejenigen Einwohner der Bezirke 1—15, die bisher Räucherflundern noch nicht erhalten haben.

Köslin, den 7. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nach dem Amtsblatt „Die wirtschaftliche Demobilmachung" ist vom 4. Juni 1919 vom Reichswirtschaftsministerium folgende Bekanntmachung erlassen:

Einrichtung einer Auskunftsstelle beim Reichsschatzministerium, Abteilung 3 (Reichsverwertungsamt).

Um den Interessenten für den Erwerb von Heeresgut eine möglichst rasche Unterrichtung darüber zu vermitteln, wohin sie sich im einzelnen Fall zu wenden haben, ist beim Reichsverwertungsamt, Hotel Monopol, Friedrichstr. 100, eine Auskunftsstelle eingerichtet worden, die an Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags (Sonnabends bis 3 Uhr nachmittags) Auskunft erteilt.

Der Magistrat.
Ausschuß für den Wiederaufbau des Handwerks.

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt 97 der Lebensmittelkarte der Stadt Köslin erhalten die hiesigen Einwohner einschl. Rogzow und Gollendorf unter Ausschluß der Selbstversorger für die Zeit vom 9. bis 23. Juni d. Js. für den Kopf 250 Gramm gesalzenes Schweinefleisch (ungeräucherten Auslandsspeck). Die Abschnitte sind bis spätestens Mittwoch, den 11. d. Mts., abends bei den Fleischermeistern Köslins bezw. Rogzow abzuliefern. Die Fleischermeister haben die ordnungsmäßig aufgeklebten Abschnitte am nächsten Morgen zwischen 7 und 8 Uhr im Schlachthause abzugeben und dort das Fleisch in Empfang zu nehmen. Die Abgabe des Fleisches an die Einwohnerschaft findet von Donnerstag mittag bis einschl. Sonnabend statt. Das Pfund Fleisch kostet 7,20 Mk.

Köslin, den 7. Juni 1919.

Der Magistrat.

Wiesenverpachtung.

Am **Sonntag, dem 22. Juni d. Js., nachmittags 2 Uhr,** soll die Heuwerbung auf der kultivierten Fläche der Genossenschaft im Keister Moor in einzelnen Parzellen öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Bedingungen werden im Termin mitgeteilt.

Der Vorstand der Weidegenossenschaft Nestbachtal.

Ostsee-Sanatorium Zoppot
ist wieder eröffnet
für innere, Stoffwechsel-, Nervenkranke, Erholungsbedürftige.
Nachbehandlung von Kriegsschäden aller Art.
— Vorzügliche Verpflegung. —
Leit. Arzt Dr. M. Gumz.

Die Verlobung ihrer einzigen Tochter **Margot Irma** mit dem Architekt Herrn **Curt Wind** aus Berlin, z. Zt. Gumbinnen, geben hiermit bekannt.

Adolf Rubensohn und Frau
Lotte geb. Litten.

Köslin, Pfingsten 1919.

Margot Irma Rubensohn
Architekt **Curt Wind**
Verlobte.

Pfingstsonntag zu Hause.

Statt Karten!

Frida Tietz
Wilhelm Scharnow
Verlobte

Köslin, Annenstr. 19 — Polzin

Pfingsten 1919.

Bekanntmachung.

Sonntag von 12 Uhr ab werden die Bedarfshaltestellen der Strandbahn, Ziegelei, Güdenhagen Gut und die Haltestellen Schlachthof sowie Redüth, Gr. Möllen beim Einsetzen des Verkehrsandranges nach Gr. Möllen bezw. Köslin ohne anzuhalten, durchfahren.

Köslin, den 7. Juni 1919.
Der Magistrat.

Die Ausgabe der Lose zur neuen Lotterie, sowie die Auszahlung der kleineren Gewinne hat begonnen. Die Auszahlung der großen Gewinne erfolgt vom 20. ca. ab.
G. Schrader,
Lotterie-Einnehmer.

Bin in der **Pfingstwoche verreist.**
Wiederbeginn der Sprechstunde: Montag, den 16. Juni, 10–12 und 4–5 Uhr.

Dr. Helwig
Spezialarzt f. Lungen- u. Herzleiden
Stettin, Karkutschstraße 2.

Als Verlobte
grüßen
Margarete Stutz
Gotthilf Erdmann
Pfingsten 1919

Hagen b. Wollin i. Pom. — z. Zt. Köslin.

Zigaretten
mit Goldmundst. Ers.-Tabak liefert solange Vorrat reicht, nicht unter 500 Stück gegen Nachnahme a. Mark 7,– pro 100 Stück.
W. Münstermann,
Berlin-Schöneberg, Bahnstr. 25.

Nachlaßsachen.

Offiz.- Uniformen u. Militär-Entlassungs-Anzüge, Mäntel, Ulster, neue Stiefel, Schuhe, auch Offiz.-Sättel Ferner **Wollige Decken,** Stück 25, 27, 30, 36, 40 Mark, Pferdedecken (Woylachs) Stück 70 Mk., **Decken** 4,30 m Stoff, schöne Farben zu Mäntel, Ulster, Kostüme. **Säcke** zu Getreide, Kartoffeln, Häcksel, aus Jute, Textilit, Fasergewebe und Russischleinen, geb. lochfreie Säcke, Ernte- u. Wagen-Pläne, Bindegarn, vorzügliche haltbare Decken u. Säcke. Verk. gegen Nachnahme auch Lebensmitteleintausch.
Landw. Agenturen-Bureau,
Bln.-Lichtenbg., Deutschmeisterstr. 1.

Statt Karten!

Friedel Jurisch — **Max Hollert**
Gertrud Wendt — **Alfred Hollert**
grüßen als Verlobte.

Dresden — Köslin — Stargard (Pom.)

Pfingsten 1919.

Die Verlobung ihrer einzigen Tochter **Elfriede** mit dem Kaufmann Herrn **Conrad William** in Köslin beehren sich ergebenst anzuzeigen

Emil Discher und Frau
Emma geb. Fender.

Stettin, Pfingsten 1919, Friedenstr. 7, II.

Meine Verlobung mit Fräulein **Elfriede Discher,** einzigen Tochter des Kaufmanns Herrn **Emil Discher** und seiner Frau Gemahlin Emma geb. Fender in Stettin zeige ich hiermit ergebenst an

Conrad William.

Köslin, Pfingsten 1919.

Weißkohl-, Rotkohl-, Wirsingkohl- u. Kohlrabi-Pflanzen
das 1000 für Mark 10,–
Wrukenpflanzen
das 1000 für Mark 5,– verkauft bei Ziehen der Pflanzen durch Käufer.
Gutsverwaltung Kaltenhagen,
b. Timmenhagen.

Zitronen jede Menge
R. Jasmer.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
Sanis-Versand München. 411.

Für die zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken herzlichst

Max Block und Frau
Margarete geb. Lehmann.

Kleinmöllen, im Juni 1919.

Feinste Tafelschokolade
R. Jasmer.

Viele vermögende Damen wollen sich schnellstens glücklich verheiraten. Herren, auch ohne Vermögen erhalten sofort Auskunft durch „Concordia," Berlin O. 34.

Schülerheim Dr. Reuße, Köslin.

Alle Arten von Unterricht für Schüler und Erwachsene. Tages- und Abendkurse, Einzelunterricht. Für Kriegsteilnehmer Ermäßigung.

Glänzenden Verdienst
an Kriegsbesch., Kaufleute, Händler, etc. in Stadt u. Land d. Fabrik f. Einführung v. Massenwirtschaftsart. Auch Nebenerwerb. Kein Risiko. Näheres **Eger & Co.,**
Halberstadt.

Hans Hoffmeister, Dentist
Bergstraße 24 (im Hause des Herrn Kurt Bastian).
Sprechstunden von 9–1 und 3–5 Uhr.
Zahnersatz in sämtlichen Ausführungen sowie Zahnbehandlung.
Fernsprecher 573.

Achtung! Für Frauen!
Prospekt und Broschüre bahnbrechende hygien. Bedarfsartikel versendet verschlossen
Rich. Herm. Teising,
Berlin O 2, Rigaerstr. 62.

Zeitungs-Makulatur
hat abzugeben.
Fürstentumer Zeitung A.-G.,
Bergstr. 26.

Preiswerte Waschstoffe.

Schleierstoffe, bestickt u. bedruckt, hübsche Streifen-, Tupfen- u. Blumenmuster, 70 bis 120 cm breit m — **14.50, 18.00, 22.50 M.**

Schleierstoffe, prima Qualität, glatte, einfarbige Ware in weiß und allen modernen Farben, 100 bis 120 cm breit . . . . . m — **22.50, 29.50 M.**

Kreppons, bedruckt, hübsche Streifen- u. Blumenmuster, besonders für Kinderkleider geeignet, ca. 70 cm breit . . . . . m — **12.00, 13.50, 16.50 M.**

Musseline, hell und dunkel, große Musterauswahl, ca 75 cm breit . . . . . m — **13.50, 15.00, 17.00 M.**

Satins, einfarbig und bedruckt, vorzügliche Qualitäten, ca 80 cm breit . . . . . m — **16.75, 17.50, 18.00 M.**

Zephirs, gute, waschechte Qualitäten, hübsche Streifen, ca 75 cm breit . . . . . m — **12.50, 16.00, 18.00 M.**

Leinen, bedruckt, schöne Streifen- und Tupfen-Muster, ca. 75 cm breit, m — **12.50 M.**

Rips u. Ripsleinen, in weiß und farbig, für Röcke und Kostüme geeignet, ca. 70 bis 80 cm breit . . . . . m — **17.00, 18.00, 24.00 M.**

Muster nach außerhalb portofrei.

Gustav Zeeck, Stolp i. P.

Telefon 125 u. 126.

Hans Lange, Dentist
Markt 28, I.
Zahnersatz nach neuestem Verfahren.
Gold-Kronen und Brückenarbeiten.

In **E. Beihl's Dampf-Bettfedern-Reinigungs- und Desinfektions-Anstalt**
Mühlentorstraße 11
werden die Bettfedern durch fachmännische Bearbeitung hundert Prozent schöner.
Abtötung von Motten garantiert.
Auf Wunsch wird abgeholt u. zugestellt.

!!! Keine Wanze mehr für Mk. 2.–
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodaal 1 und 2 zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. gesch. Viele Dankschr. Doppelpack. Mk. 2,–. Ausreichend für 1–3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: Drog. G. Gerndt, Hohetorstr. 17.
Bei Eins. v. M. 2,40, oder Postscheckkonto Berlin 31286, portofreie Zus. nach auswärts durch Herm. A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49.

Rechnungen
in verschiedenen Größen,
Quittungen
Mitteilungen
Post-Aufklebe-
und
Begleit-Adressen
/ in Blocks /
liefert
die Geschäftsstelle der
„Fürstentumer Zeitung"
A.-G.
Köslin, Bergstraße 26.

Prima
Veradella
empfiehlt
B. Preuß, Fernruf 73.

Tiermarkt.

Ein zugfestes, gesundes **Arbeitspferd** steht zum Verkauf.
E. Meyer, Thunow.

Braune Teckelhündin
(preisgekrönt) ist von meinem Grundstück vorigen Sonntag entwendet. Bei Wiederbringen wird hohe Belohnung und Straffreiheit zugesichert. Nähere Angabe über den Verbleib wird gleichfalls belohnt.
Förster Manke, Varchmin.

Junger deutscher
Schäferhund
entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben
Hermann Hoppe, Körlinerstr. 24.

An- und Verkäufe.

Einen Zweispänner-Ackerwagen
hat zum Verkauf
Wilh. Otto in Bast.

Arbeitsmarkt.

Aelteres kinderliebes
Mädchen
für alle Hausarbeit z. 1. 7. gesucht
Danzigerstr. 35, 1 Tr. l.

Wegen Verheiratung der jetzigen sucht zum 1. 7.
tüchtige Wirtin
oder mit ländl. Verh. vertr. Köchin.
Frau von Schmeling,
Güdenhagen bei Köslin.

Ich suche zum beliebigen Antritt für meine Praxis
gebildete junge Dame
als 2te zahnärztliche Hilfsschwester. Ehemalige Schwester bevorzugt, doch nicht Bedingung. Vorerst nur schriftliche Offerten mit den üblich. Angaben, evtl. Bild an
Zahnarzt Kuntz, Köslin.

Existenzsuchende
wenden sich mit Rückporto an
A. Stampader, München 23/116.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Erstklassiger
Gasthof
im Kreise Stolp, mit 49 Morgen Acker und Wiesen, neuen massiven Gebäuden, elektrisch Licht, Wasserleitung im Hause, 2 Pferden, 3 Stück Rindvieh, 6 Schweinen, Preis 130000 Mark, Anz. 50000 Mark, sofort zu verkaufen.
A. Dahl, Markt 22,
Eingang Rosmarienstraße.
Tel. 574.

Wohnungen, Zimmer.

Kandidat d. höh. Lehramts sucht ab 15. d. Mts.
möbliertes Zimmer,
möglichst mit
voller Pension.
Nähe des Lehrerseminars. Angebote mit Preis zum Freitag in der Geschäftsstelle dieser Zeitung unter C. 350 erbeten.

Verschiedenes.

Ein schwarz geknüpfter
Pompadour
von Köslin, Gohrbander-Chaussee bis Schübben **verloren.** Abzugeben
Kavelungenweg 10 a, u. L.

Beilage zu Nr. 132 des Köslíner Volksblatts.

Telephon 49. Sonntag, den 8. Juni 1919. 17. Jahrgang.

Die Lage der Landwirtschaft im Monat Mai 1919.

Der Stand des **Wintergetreides** kann als ein recht befriedigender bezeichnet werden und zwar versprechen sowohl Winterweizen wie Winterroggen wie Wintergerste eine gute Ernte. Schäden wurden an Wintergetreide bisher wenig beobachtet, insbesondere ist auch beim Weizen Auswinterung nur sehr selten eingetreten und auch die gefürchtete Blumenfliege nur in mäßigem Umfange beobachtet worden. Ebenso wenig sind größere Schäden durch den Drahtwurm oder Mäuse bekannt geworden.

Die **Kartoffelbestellung** ist in vollem Gange, dürfte aber bei weitem nicht überall im Mai beendet werden können, sondern sich teilweise bis in den Juni hineinziehen. Daran ist in erster Linie das verspätete Frühjahr schuld, in zweiter Linie aber auch der ungeheure Mangel an Arbeitskräften. Die Kartoffeln haben sich in der Miete im allgemeinen gut gehalten, sie zeigten nur hier und da erhebliche Neigung zum Keimen. Im großen und ganzen kann aber doch das ausgelegte Pflanzgut als ein gesundes bezeichnet werden, und demzufolge dürfte auch ein normaler Aufgang erwartet werden.

Außerordentlich groß ist die Not der **Rübenwirtschaften**. Es fehlt ihnen in der allergrößten Mehrzahl durchaus an den zureichenden Arbeitskräften. Schätzungsweise sind bestenfalls 25 Prozent, der sonst tätigen fremden Arbeitskräfte vorhanden. Die Bearbeitung der angebauten Flächen wird nicht gelingen, wenn die Landwirte nicht noch in letzter Minute Arbeitskräfte bekommen, und so wird sicherlich ein Teil der bestellten Zuckerrüben wieder umgepflügt werden müssen, trotzdem schätzungsweise nur 30 bis 50 Prozent der Anbaufläche 1918 mit Zuckerrüben angesät worden sind. Die Lage ist also auf diesem Gebiet eine sehr ungünstige, und die Aussichten für die Zuckerrübenernte sind hinsichtlich der Anbaufläche die schlechtesten. Die Rückwirkung auf die Zuckerversorgung und, was noch bedenklicher ist, auf die Versorgung des Milchviehs und der Gespanntiere mit Futtermitteln wird eine sehr nachteilige sein.

Auch der **Feldgemüsebau** hat infolge mangelnder Arbeitskräfte eine starke Einschränkung erfahren, insbesondere sind die mit der Pommerschen Gemüsebau- und Verwertungs-Gesellschaft getätigten Abschlüsse geringer als im Vorjahre. In der ersten Hälfte des Berichtsmonats kamen noch kleinere Posten Gemüse aus der vorigen Ernte, wie rote Bete, Möhren und auch gelbe Kohlrüben in den Handel. Aber auch an Frischgemüse, wie Spinat, Salat, Radieschen, Rhabarber und Spargel, vermehrten sich immer mehr die Zufuhren. Doch werden diese Erzeugnisse noch zu sehr hohen Preisen angeboten. Indessen sind beispielsweise bei Spargel die Preise doch schon sehr rückläufiger; denn während anfangs das Pfund Spargel mit drei Mark bezahlt wurde, wird er jetzt in Berlin bereits zu 1,50 Mark angeboten.

Die Versorgung der Landwirtschaft mit **Düngemittel** war für die Ernte 1919 eine vollständig ungenügende. Am meisten fehlt es an phosphorsäure- und stickstoffhaltigen Düngemitteln. Die Nachfrage danach ist nach wie vor trotz der außerordentlich hohen Preise die größte, das Angebot ein überaus geringes.

Nach wie vor ist die Landwirtschaft ungenügend versorgt mit **Gespannlieren**, namentlich läßt deren Güte sehr viel zu wünschen übrig. Ferner halten die wucherisch hohen Preise von einer Vermehrung ab. Angesichts der Tatsache, daß die Händlerställe angefüllt mit Pferden sind und daß in den Zeitungen sehr große Pferdemengen angeboten werden, sind die enorm hohen Preise ungerecht und unverständlich.

Die **Nutzviehhaltung** bewegt sich weiter auf einer rückläufigen Bahn, mit Ausnahme der Schafe, die eine Vermehrung erfahren haben. Der Stand der **Schweinehaltung** ist nach wie vor ein sehr schlechter.

Die Nachfrage nach **Arbeitskräften** ist nach wie vor groß. Vor allem werden Tausende von Schnittern verlangt, ohne daß der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer in der Lage ist, die bestellten Leute auch nur annähernd zu vermitteln. Die erneuten Bemühungen der Landwirtschaftskammer, Kriegsgefangene in größerer Zahl zu erhalten, dürften kaum wesentlichen Erfolg haben, da die Gefangenen angeblich in größerer Zahl nicht mehr bereit sein sollen, landwirtschaftliche Arbeiten zu übernehmen.

Die **allgemeine Lage** der Landwirtschaft ist gegenwärtig keine günstige. Am verhängnisvollsten wirkt der Arbeitermangel, der die gewohnte Wirtschaftsführung, namentlich die Beibehaltung des umfangreichen Hackfruchtbaus als Grundlage der landwirtschaftlichen Kultur unmöglich macht. Dadurch vermindert sich eine Haupteinnahmequelle, und drohend erhebt sich das Gespenst einer unrentablen Wirtschaftsführung. Allgemein dürfte bekannt sein, daß die Ausgaben der Landwirtschaft gerade in den letzten Monaten ungeheuer gestiegen sind, in erster Linie durch die immer weiter sich steigernden Lohnforderungen sämtlicher Arbeiter, ferner aber auch durch das Anziehen aller Preise für diejenigen Dinge, die der Landwirt kaufen muß, seien es Maschinen oder Saaten oder Feuerungsmaterial und so weiter. Bisher wurde das Defizit beim Getreidebau gedeckt von der Mehreinnahme beim Hackfruchtbau. Wenn das nicht mehr möglich ist, ist der Zusammenbruch vieler finanziell nicht ganz sicher begründeter Betriebe unausbleiblich.

Die Lohnbewegungen nehmen zweifellos immer schärfere Formen an, in vielen Teilen der Provinz sind schon Streiks beobachtet worden, deren Beilegung unter großen Opfern von seiten des Arbeitgebers bisher immer noch gelang. Letztere werden aber dadurch bedauerlicherweise immer mehr in eine Richtung getrieben, die im Zusammenschluß der Arbeitgeber zu Arbeitgeberverbänden den besten Schutz erblickt. Starke Bewegungen in dieser Richtung sind in der Provinz im Gange. Die Landwirtschaftskammer und der Landbund versuchen demgegenüber darauf hinzuwirken, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gemeinsamen Organisationen zusammenfinden.

*

Zu den Lohnbewegungen wird uns aus dem Kamminer Kreise von einem Kleingrundbesitzer geschrieben:

Der Landbund hat hier große Fortschritte erzielt. Die unheilvollen Wirkungen der **Zwangswirtschaft**, gegen die er den Kampf mit allen Mitteln aufgenommen hat, schaffen ihm den außerordentlichen günstigen Boden. Mit besonderer Freude wird es hier begrüßt, daß die Bundesleitung in Stettin so rückhaltlos die eigentlichen Schwierigkeiten für die gesamte Ernährungsfrage aufgedeckt und auf das **unverantwortliche Treiben einzelner Agitatoren des Landarbeiterverbandes** in einem Schreiben an den Reichsernährungsminister hingewiesen hat. Auch wir möchten zur ernsten Wahrung sagen, daß dieses Treiben und Hetzen auf Lohnerhöhung bei den jetzigen Höchstpreisen zum Ruin der Betriebe führt. Ein Gut von zweitausend Morgen kann eine Mehrbelastung von 50 000 Mark durch höhere Löhne auf die Dauer nicht tragen. Die Streikfrage liegt in der Tatsache so außerordentlich ernst, daß wir auch in dieser Hinsicht die Frage an die Agitatoren des Landarbeiterverbandes voll und ganz unterschreiben, ob ihnen die Volksernährung wichtiger erscheint, oder die Partei. Glücklicherweise sehen die Landarbeiter bereits ein, daß sie im Landbund ihre Lohnforderungen in jeder Hinsicht genau so durchsetzen können wie durch den Verband und der Landbund ihnen durch die Viehversicherung Vorteile bietet, die sie in keiner anderen Organisation haben. Das ganze Land weiß dem Landbund Dank für sin Eintreten nach oben. Wir stehen mit dem **größten Teil der Arbeiter** fest hinter der Leitung, in ihren ernsten Bemühungen die Landwirtschaft von den Fesseln der Zwangswirtschaft, der Wurzel alles Uebels zu befreien und sind gewillt, unseren Willen trotz aller Gegenströmungen durchzusetzen,

Vermischtes.

— **Aus den besetzten Gebieten.** Aus den besetzten Gebieten erfahren wir: Das ehemalige solide Saarbrücken ist zu einem Sammelplatz internationaler „Schieber" geworden. Nicht behindert durch irgendwelche Zölle strömen große Mengen englischer und amerikanischer Lebensmittel in die Stadt. Die Besatzungsbehörde kauft diese Waren zu sehr hohen Preisen auf, um sie billig an die Bevölkerung wieder abzugeben. Ein Pfund Kaffee kostet beispielsweise 10 Mark. Die Besatzungsbehörde kann sich diesen Luxus erlauben; denn die Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis der Lebensmittel hat bekanntlich die Kommune zu tragen. Die Stadt wimmelt von in Uniform gesteckten Fabrikanten und Händlern. Die Franzosen beabsichtigen demnächst in Saarbrücken eine Messe abzuhalten, wie sie es bereits in Speyer getan haben. Nur soll sie entsprechend der „größeren wirtschaftlichen Bedeutung Saarbrückens" umfangreicher sein. Die Folge des Ausfuhrverbots nach dem unbesetzten Deutschland ist eine schwunghafte Waggonverschiebung. Die Offiziere und Mannschaften, die die Grenzwache versehen, werden von den Händlern bestochen, so daß die Waren unbehindert nach Deutschland gelangen, um hier zu ungeheuren Preisen umgesetzt zu werden.

— **Eine zeitgemäße und lockende Belohnung** setzt der Besitzer des Rittergutes Greppin (Sachsen) in folgender Bekanntmachung aus: Vom Sonnabend zum Sonntag ist bei mir im Gutshause eingebrochen und Silbersachen, Wäsche, Eßwaren (besonders eingeweckte), ein Kinderfahrrad und so weiter gestohlen worden. Besonders groß ist der Verlust an Kaffeedecken mit Lochstickerei und Spitzen. Im Vorwerk Wachtendorf sind acht Schafe gestohlen worden. Wer mir diese Diebe so anzeigt, daß ihre Bestrafung erfolgen kann, erhält einen Morgen fertigbestelltes Kartoffelland.

— **Die harmlosen Kriegervereine der Polen.** Aus vielen Ortschaften Westpreußens laufen Nachrichten ein, daß die polnischen Kriegervereine unter Leitung von Offizieren und Unteroffizieren exerzieren und regelrechte Felddienstübungen abhalten, also eine Tätigkeit entfalten, die weit über das Ziel der Volkswehren hinausgeht. Aus einem aufgefundenen Aufruf, der im Januar den leitenden polnischen Stellen Westpreußens zugesandt wurde, ist die Aufgabe dieser polnischen Kriegervereine klar ersichtlich; denn hier wird ausdrücklich zur Bildung einer polnischen Armee aufgefordert. Schon jetzt haben die Polen sämtliche öffentlichen Aemter auf dem Papier besetzt. Als Oberlandesgerichtspräsident ist der Rechtsanwalt Laszewski in Aussicht genommen, Post und Bahn dem Leutnant Paszotta übertragen. Wie sicher die Polen ihrer Sache sind, beweist, daß der Oberbefehlshaber Pilsudski in Warschau bereits einen Oberbefehlshaber für Westpreußen bestimmt hat und auch den Rechtsanwalt Wawrowski beauftragt hat, das Militärgerichtswesen in Westpreußen zu organisieren.

— **Was die Greuelberichte der Polen wert sind.** Die in Warschau erscheinenden Slowo Polskie, sowie der Kurjer Poznanski, enthalten folgende Schauergeschichte: „In Rawitsch ist der polnische Kaufmann Seifert verhaftet worden. Er wurde in der gemeinsten Weise geschlagen und dann erschossen." Seifert ist protokollarisch vernommen und erklärte dabei: „Ich war über diese Nachricht sehr erstaunt, denn außer mir befindet sich kein Kaufmann Seifert in Rawitsch. Ich erkläre hiermit, daß die oben angegebene Nachricht frei erfunden ist. Ich wurde von den Deutschen nicht erschossen, wurde auch weder verhaftet, noch gemißhandelt.

— **Der neue militärische Gruß.** Eine vom Reichspräsidenten, dem Reichswehrminister und dem Preußischen Kriegsminister als Mitglied der Reichsregierung unterzeichnete Verordnung vom 29. Mai bestimmt über den militärischen Gruß unter anderem folgendes: Vorgesetzte, im Dienstrang Höhere und Untergebene haben sich gegenseitig zu grüßen. Der Untergebene und Ranguiedere soll im Gruß zuvorkommen. Werden mehrere Vorgesetzte usw. gemeinsam gegrüßt, so hat jeder einzelne den Gruß zu erwidern. Einen einseitigen Grußzwang des Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten gibt es nicht; beide sind zum Gruß verpflichtet. — Die gleiche Grußpflicht besteht zwischen Angehörigen des Heeres und der Marine. Der Gruß wird von allen Heeresangehörigen in der Bewegung, im Stehen und im Sitzen durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung und freies Ansehen des Gegrüßten ausgeführt. Grußbewegungen mit der Peitsche, Reitstock und dergleichen sind unstatthaft. Radfahrer, Kutscher und Kraftwagenführer sind während der Fahrt vom Gruß befreit.

— **Keine Streikgelder mehr.** Die Preußische Staatsregierung hat beschlossen, daß Streikgelder nicht mehr gezahlt werden, gleichgültig, aus welchen Gründen gestreikt wurde.

— **Guten Appetit!** Beamte des Landespolizeiamtes, die auf Schleichhandel fahndeten, nahmen in den Räumen eines als besonders „fein" geltenden Spielklubs im Westen Berlins eine Durchsuchung vor. Natürlich wurde versichert, daß keine auf unerlaubte Weise erworbenen Lebensmittel verabfolgt würden oder vorhanden seien, und natürlich zeigten auch Speisekammer und Eisschrank gähnende Leere. Aber im schlecht gelüfteten Klosettraum der Angestellten lagen in der Badewanne die herrlichsten Leckerbissen, z. B. drei große Torten, zwei große Königskuchen, zwei Weißbrote und rund ein Zentner Schweine-, Kalb- und Rindfleisch. Der Verwalter verweigerte jede Auskunft über die Herkunft der Ware.

Aus heiterm Himmel.

Ut Meckelnborg. Gistern was dem Hansburen sin Pird mit Tod afgahn. Hüt ging hei nu tau Markt, um sich en niges tau köpen. Unnerwegs, da äwwerhalt hei en Mann, de en Pird an'n Tägel ledt, wat unserem Buren just passen ded. Hei frögt also den Frömden: „Is dat Pird sin Herr?" — „Ne", seggt de Annere und lacht, „ick bin dem Pird sin, Herr!" — — De Bur bliwt stahn, hei leggt den Finger an de Näs, man dat helpt nix, hei krigt den Sinn nich rute. In sworen Gedanken gaht hei nach Hus, sett sich achiern Aben un sinniert wedder, un sin Pudel kikt tau. Als nu taufällig sin Fru rinnerkümmt, da seggt de Bur mit eens: „Modder, nu, frog mi mon, wat de Pudel dor min is!" — „I, Vadder, bist woll narrsch wurden?" — „Modder, frog mi mon!" „Na, Vadder, is de Pudel din?" — „Ne, ich bün dem Pudel sin Vadder!" — — —

En Gaudsbesitter hadd kort vör de Aust den Dampketel von sin Döschmaschine in de Stadt taum Flicken schickt. Wil hei nun farrig was, scholl Jehann den groten Wagen anspannen, um den Ketel abtauholen. Gaud, dat Fuhrwerk is parat, de Gäul trecken an, do kümmt de Herr ut dos Hus rutestört und brüllt: „Jehann! — Jehann!" — — „Jo, Herr?" — „Bring vör de Fru ok en Paket Nadeln mit, awer nich vergeten!" „Ne, Herr." Jehann fahrt af. — — Awends, t'was all düster, kem Jehann taurück. De Herr stann unner de Dör und frögt: „Jehann, hest ok de Nadeln?" — „Jo, Herr, dor sin's." — „Jo, Jehann, war is denn de Dampketel?" — „Dunnerslag, is mi doch de heile Tid west, as harr ich wat vergeten!" — (Jugend).

Aus den Nachbarprovinzen.

— **Insterburg.** **Eine gewaltige Explosion** hat auf dem nahe der Stadt gelegenen Flugplatze großen Schaden angerichtet. Mit einer hoch aufschießenden Stichflamme und zischendem Knall flog zuerst der Benzolschuppen in die Luft. Die umherfliegenden brennenden Teile setzten dann auch die Werft drei das Munitionslager, welches mit Handgranaten gefüllt war, in Brand. Letzteres flog kurz danach mit gewaltigem Krachen ebenfalls in die Luft. Gebäude und Bäume im Umkreise von etwa zwei Kilometern wurden durch die umherfliegenden Granatstücke beschädigt. Es wurden drei Arbeiter getötet und zahlreiche verwundet. Zahlreiche Flugzeuge konnten rechtzeitig geborgen werden. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

— **Danzig.** **Einen drastischen Reinfall** erlebten die Polen nach der Danziger „Volkswacht" bei den Betriebsarbeiterratswahlen auf der Schichauwerft in Danzig. Sie hatten eine eigene Liste aufgestellt, auf dieg anze 120 Stimmen entfielen, während auf die Listen der anderen Gewerkschaften über 1500 Stimmen abgegeben wurden, so daß die Christlichsozialen und Hirsch-Dunckerschen 3 und die freien Gewerkschaften 7 Vertreter erhielten. Die Polen gingen leer aus. Bezeichnend war, daß die Spartakisten gegen die Beteiligung an der Wahl propagierten.

Eierwucher.

So wie die Zwangsbewirtschaftung der Eier von der Reichsbehörde grundsätzlich aufgehoben war, haben wir unsere Freunde auf dem Lande wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß sie nicht nur den vorauszusehenden Massensturm von Kauflustigen, Händlern und Selbstverbrauchern, zur Forderung übertriebener Preise verleiten lassen sollten, die städtische Bevölkerung würde das natürlich zu erneuten Wucheranklagen gegen die Landwirte benützen und eine Wiedereinführung der verhaßten Zwangswirtschaft für dieses Nahrungsmittel, zum mindesten aber die weitere Beibehaltung derselben für alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit allem Nachdruck fordern. Aus den verschiedensten Landesteilen kam denn auch bald die Nachricht, daß Landwirte sich zusammengetan und untereinander verpflichtet hätten, keinen Eierwucher zu treiben, sondern sich mit einem den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Nahrungsmittelmarkt angemessenen Preise (50 oder 40 Pfg. je Ei) zu begnügen.

Man sieht also, die Landwirte in ihrer Gesamtheit sind keineswegs darauf aus, die Notlage der Verbraucher durch übertriebene Preisforderungen für Eier wucherisch auszubeuten. Leider wird ihnen diese erfreuliche Zurückhaltung durch das Treiben des Zwischenhandels sehr erschwert. Die Aufkäufer bieten entweder direkt über die von den Landwirten vereinbarten erhöhten Preise oder sie verheißen in ihren Kaufgesuchen neben dem Grundpreise eine über die tatsächlichen Auslagen für Porto weit hinausgehende Entschädigung (in einem uns vorliegenden Angebot 12 Mark für 60 Eier). Zu solchen Lockungen sind die Händler dadurch befähigt, daß sie in den großen Städten noch immer Eierpreise von 1,30 bis 1,50 Mark je Stück erzielen können. Solche Wucherpreisforderungen müßten die Behörden streng unterdrücken.

Die Quecke als Futtermittel.

Die Quecke enthält 4,93 v. H. verdauliches Eiweiß, 1,33 v. H. Fett und 45,44 v. H. Kohlenhydrate bei 37,3 Kilogramm Stärkewerten im Doppelzentner, was einen Futterwert ergibt, der dem des besten Kleeheus gleichkommt. Es wird oft möglich sein, durch die bei der Frühjahrsbestellung herausgearbeiteten Quecken die Futtervorräte um ein Beträchtliches zu vermehren. Die Hauptsache bei der Gewinnung von Quecken zu Futterzwecken ist die möglichst gründliche Entfernung von Sand und Erde. Zu diesem Zwecke treibt man die bei Trockenwetter zusammen gefahrenen Quecken am besten durch die Dreschmaschine oder läßt die Erde absieben oder mit der Gabel ausschütteln. In diesem Zustande kann sie schon grün an Schweine und Rinder verfüttert werden, an letztere am besten in Verbindung mit Stroh und Heu.

Getrocknet bilden die Quecken ein wertvolles Winterfutter. Zur Heubereitung sind allerdings einige mechanische Hilfsmittel nicht zu entbehren. Zunächst müssen die Quekken zerkleinert werden. Dies geschieht unter anderem durch Reißwölfe, wie sie in Brennereiwirtschaften überall vorhanden sind. Aber auch die gewöhnlichen Düngermühlen, aus denen man die Quetschwalze entfernt, können erfolgreich Verwendung finden. Die zerkleinerte Quecke muß künstlich getrocknet werden. Wenn keine Trockenapparate vorhanden sind, bringe man sie in den Backofen oder auf den Dampfkessel und sorge dabei dafür, daß der sich naturgemäß bildende Wasen genügend Abzug findet.

„Spartakus".

Eines der bezeichnendsten Merkmale der Revolution ist für Deutschland ihr vollkommener Mangel an eigenen Gedanken. Eine wirklich geistige Bewegung ist sie ja von Anfang an nicht gewesen. Mit russischen Geldern wurde sie gegründet, und eine gemeine Geld- und Lohnbewegung ist sie seither geblieben, eine ungeheure Ausbreitung der Kriegsgewinnerei nach unten. Selbstverständlich suchte man die Gedankenöde, die von den Stichworten für die Matrosenmeutereien bis zum „gesetzlich verankerten" Rätesystem alles von außen her beziehen mußte, durch allerlei deckende Schilder zu verbergen.

Eines dieser Schilderchen ist auch der Name des römischen Sklavenführers Spartakus, den eine sonst allem Heroenkult so abholde „Weltanschauung" zu ihrem ganz besonderen Helden und Heiligen erhob. Aber nicht einmal die Berufung auf diesen klassischen Empörer ist geistiges Eigentum der roten Intellektuellen. Zwar hat man diesmal die Gedankenanleihe nicht im Ausland aufgenommen, sondern in Deutschland selbst, nur ist es das vergangene Deutschland vom Jahre 1848. Die „Neue Bonner Zeitung" gab damals im Dienste der revolutionären Sach eine Wochenbeilage „für soziale Fragen" heraus, die geleitet wurde von Johanna Kinkel, der Frau des berühmten Flüchtlings. Diese Beilage aber führte den Titel „Spartakus".

Die Leute von 48 hatten noch eigene Gedanken, und der humanistische Einfall, an einen alten Römer zu erinnern, war für sie eben nur ein Einfall, von dem sie nicht viel Wesens machten. Heute müssen die Revolutionäre sparsamer umgehen mit den Gedanken, und so kommt es, daß eine Gelegenheitsparole von 1848 heute zu einem Wahlruf werden konnte, vor dem Europa wiederdröhnt.

Volkswirtschaft.

— **Der Vater des Hundert-Milliarden-Angebots.** Der Vater s Hundert-Milliarden-Angebots ist der Hamburger Bankier fax Warburg, der Mitglied der Friedensabordnung ist. Warburg hatte zunächst die Abordnung in Versailles für seinen Gedanen gewonnen, und bei der Zusammenkunft, die Brockdorff, Dernburg, Bernstorff und Scheidemann in Spaa hatten, gelang es der bordnung, die maßgebenden Mitglieder des Berliner Kabinetts enfalls für den Plan zu gewinnen.

— **Deutsche Treuhand-Gesellschaft in Berlin.** Nach dem uns rliegenden Geschäftsbericht für 1918 erzielte die Gesellschaft nen Reingewinn von 1 382 725 Mark. Nach Abzug der Unkosten gab sich ein Reingewinn von 356 913 Mark, aus dem eine Dividende von wieder 15 Prozent verteilt werden soll. — In der Bilanz erscheinen unter anderem Wertpapiere mit 3 038 518 Mark, ankguthaben mit 1 274 875 Mark, Schuldner mit 326 359 Mark nd Gläubiger mit 726 209 Mark. Bei einem Aktienkapital der Gellschaft von 2 000 000 Mark belaufen sich die Rücklagen auf 1850 usend Mark, also auf 92½ Prozent des Aktienkapitals.

— **Julius Pintsch A.-G.** In der Aufsichtsratssitzung wurde der ahresabschluß vorgelegt, welcher einen Reingewinn von 1 889 677 Mark (2 681 364 Mark) aufweist. Die Dividende wurde mit 10 vom undert vorgeschlagen, außerdem ist die Auskehrung des 900 000 Mark betragenden Spezialreservefonds mit 47 Mark pro Aktie in orschlag gebracht worden.

Blüten der staatlichen Zwangswirtschaft.

Es wird anscheinend leider für uns zur Notwendigkeit, ne ständige Rubrik unter diesem Titel einzurichten. Auch ute müssen wir wieder mit einigen Fällen aufwarten.

Unterm 9. Mai wurde dem Kriegsausschuß der Deutschen Reederei amtlich mitgeteilt, daß die aus Heeresbeständen frei werdenden Farben, Lacke, Anstrichöl usw. den Zweigstellen des Reichsverwertungsamtes zur direkten Verwertung an Konsumenten freigegeben seien. Der Kriegsausschuß benachrichtigte in diesem Sinne seine Mitglieder. Wie ihm jetzt von einer beteiligten Reederei mitgeteilt wird, hat sich diese inzwischen telegraphisch an die Zweigstelle des Reichsverwertungsamtes in Kiel mit dem Gesuch um Abgabe von Oel, Lack, Terpentin und Farben gewandt, darauf aber die Antwort erhalten, daß die angeforderten Materialien nicht verfügbar seien, da die Zweigstelle nur ein geringes Quantum hiervon zur Verfügung habe und in erster Linie gehalten sei, die Innungen und Gewerbetreibenden der Provinz zu berücksichtigen.

Es muß doch höchst verwunderlich erscheinen, daß erst der Kriegsausschuß der Deutschen Reederei veranlaßt wird, die ihm angeschlossenen Firmen auf diese Bezugsmöglichkeit hinzuweisen, und daß dann im Anforderungsfalle eine solche Auskunft kommt. Im übrigen erscheint es auch recht merkwürdig, daß Reichseigentum derart vorzugsweise für provinzielle Bedarfszwecke abgegeben wird. Im besonderen erscheint der vorliegende Fall noch umso seltsamer, als es sich bei den in Frage stehenden Materialien ihrer Herkunft nach vermutlich um hochwertige Farben und Lacke, die wasser- und seeluftbeständig sind, handelt, die nun vielleicht zum Anstreichen von Zäunen und Wänden verwandt werden.

Im zweiten Fall erhielt der genannte Kriegsausschuß am 7. Februar vom Reichsmarineamt die Mitteilung, daß infolge der Demobilmachung bei der Reichsmarine frei werdende Mengen von Tauwerk und Seilerwaren zur Verfügung ständen und daß von den Reichswerften baldmöglichst Nachweisungen über die bei ihnen zur Abgabe verfügbaren Mengen von Tauwerk und Seilerwaren erfolgen würden. Unterm 7. April kam denn auch seitens der Reichswerft zu Wilhelmshaven an den Kriegsausschuß der Deutschen Reederei eine Aufgabe über das dort verfügbare Tauwerk, worauf der Kriegsausschuß Veranlassung nahm, sämtlichen ihm angeschlossenen Reedereien diese umfangreiche Aufstellung einzeln weiterzugeben. Die betreffenden Firmen wandten sich dann ihrerseits an die Reichswerft in Wilhelmshaven mit dem Gesuch um Ueberlassung der von ihnen benötigten Mengen. Am 20. Mai traf nun aber von der genannten Reichswerft beim Kriegsausschuß die Mitteilung ein, daß die bei ihr inzwischen eingegangenen Gesuche um Abgabe von Tauwerk und Seilerwaren infolge Aenderung in der Organisation an die „Hauslieferungs-Gesellschaft m. b. H." weiter geleitet worden und daß alle derartigen Gesuche fortab dorthin weiter zu geben seien.

Also auch hier wieder der schon mehrfach von uns gekennzeichnete staatliche Kettenhandel, der eine ebenso unerfreuliche wie unwirtschaftliche Verschleppung und Erschwerung der Geschäfte bedeutet. „Aenderung in der Organisation" — man fühlt sich versucht, das bekannte Sprichwort zu parodieren: „Organisation, Unorganisation, Desorganisation!" Jedenfalls wäre es in einem privaten kaufmännischen Betriebe ganz undenkbar, daß man erst Interessenten auf Bezugsmöglichkeiten aufmerksam macht, diese zu zeitraubenden Aufgaben ihres Bedarf veranlaßt, um ihnen dann einige Zeit später mitzuteilen, daß entweder die benötigten Materialien nicht mehr vorhanden sind, oder aber daß man sich gefälligst an eine andere Firma wenden möchte. Eine bürokratische Organisation kann sich diesen Luxus natürlich aber erlauben, wenigstens solange unter dem staatlichen Druck jegliche private Konkurrenz ausgeschaltet ist. Wie sehr das Wirtschaftsleben aber unter diesem Zwang leidet, das lassen auch die hier vorgetragenen Fälle wieder einmal deutlich erkennen.

Mercedes-Automobile

Daimler-Motoren-Gesellschaft

Stuttgart-Untertürkheim

Verkaufsstelle: F. W. Zander, Köslin, Neuetorstraße 20, Fernsprecher 96.

Meine Sprechstunden

ilte ich in den Sommermonaten nur bis nachmittags ½4 Uhr ab; Sonnabend nachmittags sowie Sonntags keine Sprechstunden.

Zahnarzt Kuntz.

Vom Heeresdienst entlassen
halte ich Sprechstunden
von ½9–11 Uhr vormittags,
3–4 Uhr nachmittags
in meiner Privatklinik
Kolberg, Parkstraße 27.
Dr. Schaal, Spezialarzt für Chirurgie und Frauenleiden.

Ostbank für Handel u. Gewerbe.

Günstige Verzinsung von Spareinlagen.
Gewährung
von Darlehen zu billigen Zinssätzen.
Beleihung von Hypotheken und Wertpapieren.
Ankauf von Wechseln.
Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Depositenkasse Köslin.
Hohetorstr. 2. Fernruf 4.

Zahn-Praxis
Willy Reichel, Nachfl. M. Wlutzka.
Atelier für künstlichen Zahnersatz.
Zahnschmerzbeseitigen .·. Plombieren.
Sprechstunden 9-1 und 3-6 Uhr.
Bergstraße 7 1 Treppe — Köslin Telefon 416. — Bergstraße 7 1 Treppe

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerz, über unsere tausendfach bewährten, patentamtl. geschützt. Hörtrommeln. Bequem und unsichtbar zu tragen. Glänz. Anerkennungen.
Janis Versand München 411

Moderne
Kneifer, Brillen, Lorgnons, Ferngläser, Thermometer, Barometer.
Werner Fritz, Neuetorstr. 18.

Garant. reinen Kakao
R. Jasmer.

Einen Plan mit Gestell
für Händlerwagen
verkauft Hugo Petschack, am Kleinbahnhof.

Zitronen
empfiehlt billigst jedes Quantum
G. Moutoux, Bergstr. 4.

Einen größeren Posten eiserner
I-Träger
hat abzugeben Gut Muttrin bei Groß-Tychow.

Kaffee
billiger R. Jasmer.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 5.

Heu und Stroh
kauft A. Treptow.

Die Fürstlich Hohenzollernsche Oberförsterei **Manow** verkauft am **Sonnabend, dem 14. Juni, vormittags 11 Uhr,** in Köslin, im Gasthause des Herrn Fiß, folgende Nutz- und Brennhölzer:

Schutzbezirk	Distrikt-Abteilung	Holzart	Hiebsart	Langholz Stück	Langholz Festm.	Brennholz Scheit rm	Brennholz Rollen rm	Brennholz Knüppel rm	Strauchhaufen
Roßnow	XVII 19. 20	Kiefer	Sammelhölzer			47	102	64	
	XIX 1. 6 7	"	"			11	41	36	
Seidel	XVIII 2a b	"	Kahlhieb			56	95	220	67
Viverow	II 5	Buche	Sammelhölzer			16	–	4	
	XII 2 c	Kiefer	Durchforstung			1	81	85	
	XII 3 e	"	"				14		
	II	"	Sammelhölzer	5	6				

Elektrische Licht- und Kraftanlagen

jeder Art im Anschluß an das
Städtische Elektrizitätswerk und die Ueberlandzentralen
sowie Reparaturen an Motoren und Maschinen führen sachgemäß und schnell aus
Kösliner Industrie-Werke Carl Schröder.
Kostenanschläge und Ingenieurbesuch ohne Kosten und Verbindlichkeit.

Preß-Torf
fuhrenweise frei Haus und waggonweise liefert
Handelsgesellschaft Raiffeisenscher Genossenschaften,
Köslin, Rogzower Allee 3.

Alle Arten
Kautschuk-stempel
liefert schnell und billig
„Fürstentumer Zeitung" A.-G.